

**Aus:**

**GÜNAL INCESU**

**Ankara – Bonn – Brüssel**

**Die deutsch-türkischen Beziehungen und  
die Beitrittsbemühungen der Türkei  
in die Europäische Gemeinschaft, 1959-1987**

Januar 2014, 318 Seiten, kart., 32,99 €, ISBN 978-3-8376-2500-4

Wie waren und sind die deutsch-türkischen Beziehungen mit den Beitrittsbemühungen der Türkei in die Europäische Gemeinschaft vernetzt? Gündal Incesu zeigt, wie sich insbesondere durch öffentliche Kommunikationsprozesse Wechselwirkungen und Abhängigkeiten zwischen den Einwanderungsprozessen aus der Türkei in die Bundesrepublik und den institutionellen Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Türkei entfalten und festigen konnten. Der Untersuchungszeitraum von 1959-1987 rückt dabei die Jahre in den Fokus, in denen die Grundlagen für die heutige Diskussion um die EU-Zugehörigkeit der Türkei geschaffen wurden.

**Günal Incesu** (Dr. phil.) hat an der Universität Bielefeld promoviert.

Weitere Informationen und Bestellung unter:

[www.transcript-verlag.de/ts2500/ts2500.php](http://www.transcript-verlag.de/ts2500/ts2500.php)

# Inhalt

---

## Danksagung | 7

### I. Einleitung | 9

Analytischer Bezugsrahmen | 17

Forschungslage und Quellenauswahl | 36

Aufbau und Fragestellungen | 50

### II. Das ambivalente Verhältnis zum Westen in der Entstehungsgeschichte der türkischen Republik | 53

Für und gegen ‚den Westen‘ | 55

„Europäisierung“ im Zeitraffer | 68

### III. Das Beziehungsdreieck zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Türkei und der Europäischen Gemeinschaft | 77

Die Armee in der türkischen Zeitgeschichte | 77

Türkische Migration in die Bundesrepublik Deutschland: Der Schnittpunkt  
zwischen Europa, der Bundesrepublik und der Türkei | 127

Zwischen Idealisierung und Entfremdung: Die Türkei in ihrem  
widersprüchlichen Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland und den  
Europäischen Gemeinschaften | 172

Appelle an ‚die europäische Öffentlichkeit‘ | 232

### IV. Resümee | 265

Asymmetrie der Öffentlichkeiten | 265

Transnationale europäische Öffentlichkeit | 268

„Turkey in Europe and Europe in Turkey“ | 271

### V. Anhang | 275

Abkürzungsverzeichnis | 275

Literaturverzeichnis | 276

Quellenverzeichnis | 291

Archive | 316

Interviews | 316

## I. Einleitung

---

1997 und 1999, jeweils im Dezember, traten die gegensätzlichen Pole der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei zutage. Wurde auf dem EU-Gipfel in Luxemburg 1997 der Wunsch der Türkei, in den Kreis der Beitrittskandidaten für die Europäische Union aufgenommen zu werden, noch abgelehnt, wurde sie nur zwei Jahre später in Helsinki in den Kandidatenkreis einbezogen. Die türkische Rezeption führte die Entscheidungsfindungsprozesse der EU-Gipfel jeweils auf das herausragende Einflusspotenzial der Bundesrepublik Deutschland zurück. An das negative Votum des EU-Gipfels von Luxemburg erinnernd, rief Ministerpräsident Mesut Yilmaz im Herbst 1998 die türkischstämmige Bevölkerung in der Bundesrepublik indirekt dazu auf, bei den anstehenden Bundestagswahlen nicht für die von den Christdemokraten angeführte Regierungskoalition zu votieren.<sup>1</sup> Grundlage seines Appells an die rund 150 000 stimmberechtigten Deutschen mit türkischer Abstammung war die Annahme, in der CDU und Helmut Kohl die Hauptverantwortlichen für das negative Votum in Luxemburg ausgemacht zu haben. Konnte man die Auseinandersetzungen zwischen Helmut Kohl und Mesut Yilmaz noch als persönliche Differenzen auffassen, die zu diplomatischen Verwerfungen geführt hatten, wiesen die massenmedialen Reaktionen in der Türkei eine grundsätzliche Gegnerschaft gegenüber ‚dem Westen‘ im Allgemeinen und der Bundesrepublik im Besonde-

---

1 Die Kritik am Verhalten Kohls äußerte Yilmaz in einem Interview mit der türkischen Tageszeitung Milliyet; Interview mit Mesut Yilmaz, in: Milliyet, 18.08.1998. Bereits bei seiner Reise nach Washington unmittelbar nach dem Votum in Luxemburg, machte Yilmaz in Kohl den Hauptverantwortlichen für den Ausgang des EU-Gipfels aus; dieser, so der Vorwurf des türkischen Ministerpräsidenten, habe auf eine rein christliche EU insistiert; vgl. Financial Times, 19.12.1997.

ren auf.<sup>2</sup> Das positive Votum in Helsinki 1999 und die damit verbundene Aufnahme der Türkei in den Kreis der Beitrittskandidaten wurde in der Türkei jedoch unmittelbar auf den Einfluss und die Parteinahme der Regierungskoalition aus Sozialdemokraten und Grünen zurückgeführt.<sup>3</sup> Dies war zutreffend, insofern sich die Bundesregierung zuvor selbst zum Fürsprecher der Türkei gemacht hatte.<sup>4</sup> Bereits vor dem Gipfel in Helsinki hatte Bundeskanzler Schröder im Deutschen Bundestag erklärt, dass man sich für die Aufnahme der Türkei in den Kreis der Beitrittskandidaten aussprechen werde: „Wir können nicht einerseits die strategische Bedeutung der Türkei für Europa immer wieder hervorstreichen, ihr innerhalb der NATO große Lasten aufzubürden, sie als wichtige Regionalmacht hofieren und sie auf europäische Standards verpflichten“, so Schröders Argumentation, „wenn wir nicht andererseits auch bereit sind, ihr eine klare europäische Perspektive zu geben, die über eine reine Zollunion hinausgeht.“<sup>5</sup>

- 
- 2 Die Enttäuschung bis hin zur Empörung über die Entscheidung in Luxemburg kam beispielsweise in folgenden Artikeln zum Ausdruck: „Beleg der Ungerechtigkeit“/ „Haksızlığın belgesi“, in: Hürriyet, 16.12.1997; „Botschaft an die EU: Wir sind nicht allein“/„AB’ye mesaj: yalnız değiliz“, in: ebd.; „Europas Rassismus wurde dokumentiert“/„Avrupan’ın ırkçılığı belgelendi“, in: ebd., 21.12.1997; „Die Türkei wurde aus Europa ausgeschlossen“/„Türkiye AB’den dışlandı“, in: Cumhuriyet, 12.12.1997, „Zurückweisung des türkischen Beitrittsbegehrens in Deutschland“/„Almanya’dan Türkiye’nin adaylığına ret“, in: ebd.; Auch in den politischen Kommentaren kam die Enttäuschung deutlich zum Ausdruck, die im Folgenden bei allen Zeitungsartikeln mit dem Namen des Autors versehen werden: Selçuk, İlhan, „Außerhalb der EU! ...Innerhalb der Zollunion?...“/„AB’nın dışında!...GB’nin içinde?...“, in: ebd., 16.12.1997; Balci, Ergun, „Eine Antwort an die EU...“/„AB’ye yanıt...“, in: ebd.; Toktamış, Ateş, „Die Europäer und wir“/„Avrupalılar ve biz“, in: ebd., 23.12.1997.
  - 3 „Schröder: Wir sind bereit“/„Schröder: Hazırız“, in: ebd., 11.12.1999; „Ecevit-Schröder Briefwechsel“/„Ecevit-Schröder mektuplaşması“, in: Cumhuriyet, 7.12.1999.
  - 4 Auch Claus Leggewie argumentiert, dass die bilateralen Beziehungen, die durch den Aufenthalt einer großen türkischen Gemeinde in der Bundesrepublik geprägt seien, Deutschland unter der rot-grünen Regierung wie unter der Vorgängerregierung Kohl in die Rolle des Anwalts des türkischen Beitritts hineinversetzt habe. Vgl. Leggewie, Claus, Die deutsche Haltung zum Beitrittsbegehren der Türkei, in: ders. (Hg.), Die Türkei und Europa. Die Positionen, Frankfurt a. M. 2004, S. 197-204, hier S. 197.
  - 5 Regierungserklärung zum bevorstehenden Europäischen Rat in Helsinki vor dem deutschen Bundestag am 3. Dezember 1999, in: Bulletin, Nr. 85, 8.12.1999, S. 805-808, hier S. 806.

Ludger Volmer, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, bekräftigte 1999 die außenpolitische Prämissen der Bundesregierung, die Türkei in die Europäische Union zu integrieren. In Folge des Kosovo-Krieges sei man sich bewusst geworden, dass die Türkei als Außen- und Sicherheitspartner in Südosteuropa und als Schlüsselland zwischen dem Westen und der arabisch-muslimischen Welt auch in nicht-militärischer Form in die Europäische Integration eingebunden werden müsse. Man sei sich ferner darin einig gewesen, dass gerade der Bundesrepublik durch die hohe Zahl türkischer Einwanderer eine Sonderrolle im Beitrittsprozess zukomme. Daher sei die Frage nach der EU-Beitrittsperspektive der Türkei, immer auch mit den möglichen Folgen für die türkische Bevölkerung in der Bundesrepublik in Verbindung zu bringen: „Wir sahen“, so Volmer, „dass vielleicht die Integration hier besser gelingt, wenn auch die internationale Verschränkung stärker wird und umgekehrt hofften wir, dass die türkische Community eher Einfluss nehmen kann, eben auch auf entsprechende Reformprozesse in der Türkei.“<sup>6</sup> Auf diesen Argumenten aufbauend, sei es der rot-grünen Bundesregierung gelungen, die Kritiker und Zweifler im Europäischen Parlament vor dem Gipfel in Helsinki von den positiven Effekten einer EU-Beitrittsperspektive für die Türkei zu überzeugen.<sup>7</sup>

Gleichviel, ob Befürwortung oder Ablehnung, die Akzentuierung der Wirkungsmächtigkeit der Bundesrepublik durch deutsche und türkische Politiker und Journalisten verweist auf den besonderen Stellenwert der deutsch-türkischen Beziehungen für die türkischen Beitrittsbemühungen in die Europäische Union. Zwei parallel verlaufende Prozesse, die den Ausgangspunkt dieser Arbeit bilden, prägten das Beziehungsgeflecht zwischen der Bundesrepublik, der Türkei und den Europäischen Institutionen. Die Prozesse lassen sich auf den Beginn der 1960er Jahren datieren: Es handelt sich, einerseits, um die durch das Anwerbeabkommen vom 30. Oktober 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei angestoßene Einwanderung der als ‚Gastarbeiter‘ gekommenen Türken und ihrer nachgezogenen Familienangehörigen allen politischen und gesellschaftlichen Abwehrreaktionen zum Trotz und, andererseits, um die institutionelle Verankerung des türkischen Wunsches nach Zugehörigkeit zu den Europäischen Gemeinschaften, der sich im Antrag der Türkei auf Assoziierung zur

6 Interview mit Ludger Volmer am 20.05.2008 in Berlin; in dem Interview bestätigte der ehemalige Staatsminister, dass die türkischen Politiker die Bundesrepublik als ihren besonderen Ansprechpartner hinsichtlich der EU-Beitrittsbemühungen interpretierten.

7 Vgl. hierzu auch Volmer, Ludger, Vor einer neuen Türkeipolitik? Die deutsche Außenpolitik vor einer möglichen EU-Mitgliedschaft der Türkei, in: Zeitschrift für Türkeistudien 13, 1/1999, S. 95-102.

Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft manifestierte.<sup>8</sup> Dieser wurde 1963 akzeptiert und machte die Türkei ab dem 1. Januar 1964 zum assoziierten Mitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.<sup>9</sup> Bis zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen im Jahre 2005 waren es die vertraglichen Grundlagen eben dieses Assoziierungsabkommens, welche die institutionellen Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Türkei prägten.

Das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit richtet sich darauf, zu analysieren, ob die Einwanderungsprozesse aus der Türkei in die Bundesrepublik und die institutionellen Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Türkei sich gegenseitig beeinflussten, sowie zu klären, inwiefern eine Interdependenz zwischen diesen Prozessen bestand. Forschungsleitend ist die Hypothese, dass die deutsch-türkischen Beziehungen und insbesondere die massenmediale Öffentlichkeit beider Länder sowie ihre diplomatischen Beziehungen einen exponierten Stellenwert im Rahmen der türkischen Beitrittsbemühungen in die Europäischen Gemeinschaften einnahmen. Wie die EU-Gipfel in Luxemburg und Helsinki andeuteten, manifestierte sich die besondere Rolle der Bundesrepublik im EU-Beitrittsverfahren der Türkei seit Ende der 1990er Jahre. Dies hing unmittelbar mit dem immensen öffentlichen Interesse in der Bundesrepublik zusammen, das die richtungweisenden Entscheidungen auf den EU-Gipfeln 1997, 1999, 2002 und 2004 begleitete.<sup>10</sup> Erst als die Thematik um eine türkische Mit-

- 
- 8 Der Plural Europäische Gemeinschaften steht für die sich verändernden institutionellen Rahmenbedingungen der supranationalen europäischen Institutionen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), der Europäischen Gemeinschaft (EG) und der Europäischen Union (EU).
  - 9 Die Türkei trat zuvor bereits 1949 in den gerade gegründeten Europarat ein.
  - 10 Das Interesse an der Frage eines türkischen Beitritts zur Europäischen Union war in den verschiedenen Ländern jedoch sehr unterschiedlich ausgeprägt. Während in den osteuropäischen und südeuropäischen Ländern und in England die Debatte wenig Beachtung fand, wurde der potentielle EU-Beitritt der Türkei vor allem in Österreich, Deutschland und Frankreich, teilweise auch in den Niederlanden intensiv und kontrovers diskutiert. Die unterschiedliche Zahl der türkischen Migranten und die damit verbundenen innenpolitischen Auseinandersetzungen spielten dabei ohne Zweifel eine zentrale Rolle. Das Interesse Frankreichs hing zudem sowohl mit dem traditionellen Führungsanspruch als auch mit dem besonderen Verhältnis zu Armenien zusammen. Vgl. als Einstieg in die Debatten in den EU-Ländern den Sammelband: Giannakopoulos, Angelos/Maras, Konstadinos (Hg.), *Die Türkei-Debatte in Europa. Ein Vergleich*, Wiesbaden 2005. Ferner der Vergleich der Debatten innerhalb der Europäischen Union: dies., *Der europäische Türkei-Diskurs: Eine Vergleichsanalyse*, in: ebd., S. 213-231.

gliedschaft in der Europäischen Union ihrem institutionellen und vertraglichen Höhepunkt entgegenging, erhielt die Frage nach den Grenzen Europas Einzug in die öffentliche Debatte, an der sich in der Bundesrepublik Intellektuelle, Politiker, Unternehmer und Journalisten beteiligten. Das türkische Beitrittsbegehren löste eine primär in den Massenmedien ausgetragene Diskussion über das Selbstverständnis Europas und die europäische Identität aus.<sup>11</sup> Die Debatte in Deutschland wurde in der Türkei mit großer Aufmerksamkeit verfolgt; Ministerpräsident Tayyip Erdoğan unterstrich die türkischen Erwartungen, indem er der Bundesrepublik eine politische Führungsrolle im Beitrittsprozess der Türkei zuwies:

„Wir erwarten, dass sich unsere europäischen Freunde nun genauso viel Gedanken über den Gewinn aus einer Mitgliedschaft der Türkei machen, wie sie es mit den Risiken getan haben. In dieser Hinsicht erwarten wir von Deutschland besondere Unterstützung. Deutschland soll beim Beitrittsprozess der Türkei die politische Führungsrolle übernehmen.“<sup>12</sup>

Claus Leggewie unterteilt in seinem Sammelband „Die Türkei und Europa“ die Debatte in der Bundesrepublik in drei relevante Themenfelder, innerhalb derer sich die Befürworter und Gegner positionierten: im Streit um (a) den Grad der in der Türkei verwirklichten Demokratie, (b) die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

---

11 Vgl. alleine für die Monate November und Dezember 2002 (unmittelbar vor und nach dem Kopenhagener EU-Gipfel) die Presseanalyse maßgeblicher Presseorgane Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens: Carnevale, Roberta/Ihrig, Stefan/Weiß, Christian, Europa am Bosporus (er)finden? Die Diskussion um den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union in den britischen, deutschen, französischen und italienischen Zeitungen, Frankfurt a. M. 2005; für die Analyse britischer sowie deutscher Printmedien Walter, Jochen, „Das Ding auf der Schwelle“. Konstruktionen Europas durch Inklusions- und Exklusionssemantiken am Beispiel des türkischen Beitritts zu den europäischen Gemeinschaften, 1960-2004, Bielefeld 2007; sowie die diskurstheoretische Analyse der Beitrittsdebatte in ausgewählten türkischen und deutschen Printmedien und ihrer Dezemberausgaben in den Jahren 1997, 1999, 2002, 2004: Küçük, Bülent, Die Türkei und das andere Europa. Phantasmen der Identität im Beitrittsdiskurs, Bielefeld 2008; auch Madeker, Ellen, Türkei und europäische Identität. Eine wissenssoziologische Analyse der Debatte um den EU-Beitritt, Wiesbaden 2008; eine Zusammenfassung der Befürchtungen insbesondere deutscher Beitrittsgegner lieferte das aus journalistischer Perspektive geschriebene Buch: Güngör, Bahar, Die Angst der Deutschen vor den Türken und ihrem Beitritt zur EU, München 2004.

12 Interview mit Tayyip Erdoğan, in: Süddeutsche Zeitung, 30.-31.8.2003.

und (c) das sicherheitspolitische Kriterium.<sup>13</sup> Auffällig war, dass sowohl Befürworter als auch Gegner Argumente in die Diskussion einführten, die im Rahmen der drei Themenfelder für oder gegen einen EU-Beitritt der Türkei sprachen. Um die Argumente der Beitrittsgegner zusammenzufassen, bietet es sich an, die Stellungnahmen des Historikers Hans-Ulrich Wehler zu betrachten, der sowohl in Fernsehsendungen als auch in Publikationen überregionaler Printmedien den türkischen Beitrittswunsch in die EU vehement ablehnte.<sup>14</sup> In seinen, wenn auch zuweilen polemisch zugespitzten Argumenten gegen einen EU-Beitritt der Türkei, finden sich sämtliche Darlegungen wieder, die von Beitrittsgegnern in der Debatte bemüht wurden. Bezogen auf die von Leggewie differenzierten Themenfelder, sah Wehler die Rückständigkeit der türkischen Demokratie durch die „Armenier“- und „Griechenfrage“, die Menschenrechtsverletzungen und die Verfolgung von Kurden und Christen belegt. Als zwangsläufige Folge eines türkischen EU-Beitritts deduzierte er ein Demokratiedefizit innerhalb der EU. Daraüber hinaus betonte Wehler die Gefahr der Islamisierung der Türkei, die infolge der Propaganda islamischer Fundamentalisten seit den 1980er Jahren beständig wachse. Um die Nicht-Integrierbarkeit der Türkei zu untermauern, verwies er auf die Integrationsprobleme der türkischen Staatsangehörigen in die bundesrepublikanische Gesellschaft. Auf ökonomischer Ebene erwartete der Historiker aufgrund der wirtschaftlichen Rückständigkeit der Türkei erhebliche finanzielle Belastungen für die EU. Ferner sei mit einem „Migrationsproblem“ zu rechnen, wenn sich „10 bis 18 Millionen Anatolier“ auf den Arbeitsmärkten der EU frei-zügig bewegen dürften. Das sicherheitspolitische Kriterium anführend, fragte Wehler, ob man sich in der EU „so famose Nachbarn wie Irak, Iran und Syrien“ wünsche, womit die Frage nach den Grenzen der Europäischen Union gestellt war. In seiner Argumentationslinie sah Wehler, stellvertretend für andere Beitrittsgegner, in den institutionellen, kulturellen und religiösen Wurzeln der Türkei eine ‚symbolische Grenze‘ des Europäischen erreicht, deren Wurzeln er in der griechischen Antike, im Christentum und der Aufklärung lokalisierte.

---

13 Vgl. Leggewie, Die Türkei und Europa, S. 15 f.

14 Vgl. Wehler, Hans-Ulrich, „Das Türkenproblem“, in: Die Zeit, 38/2002, 12.9.2002; ders., die türkische Frage. Europas Bürger müssen entscheiden, in: FAZ, 19.12.2003; ders., Die Selbstzerstörung der EU durch den Beitritt der Türkei, in: ders., Konflikte zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Essays, S. 41-51. Weitere, sich an der öffentlichen Debatte beteiligende Beitrittsgegner waren u. a.: Winkler, Heinrich August, Ehehindernisse. Gegen einen EU-Beitritt der Türkei, in: Leggewie, Die Türkei und Europa, S. 155-159; ders., Soll Europa künftig an den Irak grenzen?, in: ebd. S. 271-274; Schmidt, Helmut, Sind die Türken Europäer? Nein, sie passen nicht dazu, in: ebd., S. 162-167.

Beitrittsbefürworter hingegen zogen das sicherheitspolitische Kriterium als Argumentationsgrundlage heran und argumentierten, dass die geostrategische Rolle der Türkei von erheblichem Vorteil für die EU sei.<sup>15</sup> Als Verbündeter im Nahen Osten sowie als Brücke zwischen Islam und Christentum sei die Türkei von zentraler Bedeutung für die EU. Durch ihre westliche Ausprägung und ihren strikten Laizismus stelle sie keinesfalls eine Gefahr für die europäischen Grundwerte dar.<sup>16</sup> Ökonomisch finde man in der Türkei einen dynamischen Wirtschaftsstandort vor, der für europäische Investoren vorteilhaft sowie für deren Integration in den europäischen Markt förderlich sei und zudem der Dynamik der Wirtschaftsunion zugute komme.<sup>17</sup> Beitrittsbefürworter rekurrerten auf ein politisches Verständnis europäischer Integration, wonach eine demokratische Türkei nach den Kopenhagener Kriterien Mitglied der EU sein könne oder auch sein sollte.<sup>18</sup>

Die Intensität der emotionalen, teilweise auch polemischen Debatte um die Zugehörigkeit der Türkei zu Europa kulminierte parallel zu den Beschlüssen in den europäischen Institutionen, sie zum Beitrittskandidaten zu machen und die Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Für den Zeitraum von 1999 bis 2005 ließ sich ein derartiges öffentliches Interesse für die türkischen Beitrittsbemühungen in die EU konstatieren, wie es keinem anderen Beitrittskandidaten je zuteil geworden war.<sup>19</sup> Dem Fehlen einer gesamteuropäischen Öffentlichkeit aufgrund der Beharrlichkeit nationaler Wahrnehmungs- und Interpretationsmuster wurde

---

15 Vgl. exemplarisch Münker, Herfried, Warum der EU-Beitritt der Türkei für Europa wichtig ist, in: Leggewie, Die Türkei und Europa, S. 204-214; ähnlich argumentiert auch Gerhard Schröder in seiner Autobiografie: Schröder, Gerhard, Entscheidungen. Mein Leben in der Politik, Hamburg 2006, S. 360.

16 Vgl. etwa Seufert, Günter, Keine Angst vor den Türken!, in: Leggewie, Die Türkei und Europa, S. 70-76; Kramer, Heinz, Die Türkei im Prozess der „Europäisierung“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 33-34/2004, S. 9-17.

17 Vgl. hierzu die Ausführungen im Bericht der unabhängigen Türkei-Kommission vom September 2004, welcher als Grundlage für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen galt und von vielen Beitrittsbefürwortern als Argumentationsstütze hinzugezogen wurde: Athisaari, Martti/Biedenkopf, Kurt u. a., Die Türkei in Europa. Mehr als ein Versprechen? Bericht der unabhängigen Türkei-Kommission, Brüssel 2004, insbesondere S. 18-25.

18 Für einen guten Überblick über die Debatte um den EU-Beitritt der Türkei mit den Pro- und Contra-Argumenten vgl. auch Buhbe, Matthes, Die Türkei und die Grenzen der europäischen Integration, in: International Politics and Society 1, 1/1998, S. 157-172.

19 Vgl. Carnevale/Ihrig/Weiß, Europa am Bosporus, S. 11.

die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit entgegengesetzt, die sich jeweils entlang spezifischer *issues*, also Themen, die Europa insgesamt angehen, manifestierte.<sup>20</sup> Im Kontext öffentlichkeitstheoretischer Studien wird der Debatte um den EU-Beitritt der Türkei zugeschrieben, zur Entstehung einer *issue*-spezifischen gesamteuropäischen Öffentlichkeit geführt zu haben.<sup>21</sup> Dem intensiven öffentlichen Interesse entsprechend, wird der öffentlichen Debatte um den EU-Beitritt der Türkei und dabei insbesondere der Printmedienberichterstattung auch von SozialwissenschaftlerInnen und HistorikerInnen viel Beachtung geschenkt.<sup>22</sup>

Auch die vorliegende Arbeit analysiert das Beziehungsgeflecht zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Türkei und den Europäischen Gemeinschaften

---

20 Vgl. zur Entstehung *issue*-spezifischer gesamteuropäischer Öffentlichkeit insbesondere Eder, Klaus, Zur Transformation nationalstaatlicher Öffentlichkeit und Europa. Von der Sprachgemeinschaft zur issuespezifischen Kommunikationsgemeinschaft, in: Berliner Journal für Soziologie 10, 2/2000, S. 167-184.

21 Vgl. Küçük, Die Türkei und das andere Europa, S. 11 f.

22 Vgl. etwa folgende Forschungen, deren Untersuchungsgegenstände sich primär am EU-Beitrittsverfahren seit 1997/1999 und der damit verbundenen öffentlichen Debatte ausrichteten: Aksoy, Metin, Die Türkei auf dem Weg in die EU. Die Beziehungen der Türkei und der Europäischen Union – insbesondere von 1990 bis Ende 2004, Frankfurt a. M. 2007; Arikan, Harun/Rosenfeld, Richard, Turkey and the EU. An awkward candidate for EU Membership?, Burlinton 2003; Carnevale/Ihrig/Weiß, Europa am Bosphorus; Küçük, Die Türkei und das andere Europa; Die Beiträge in den Sammelbänden Leggewie, Die Türkei und Europa; Zippel, Wulfdiether (Hg.), Spezifika einer Südost-Erweiterung der EU. Die Türkei und die EU-Türkei-Beziehungen, Baden-Baden 2003; Clemens, Gabriele (Hg.), Die Türkei und Europa, Münster 2007; Giannakopoulos, Die Türkei-Debatte; Dembinski, Matthias, Zur Erweiterung verdammt? Die Türkeipolitik der Europäischen Union, in: Matthias Jopp/Peter Schlotter (Hg.), Kollektive Außenpolitik. Die Europäische Union als internationaler Akteur, Baden-Baden 2007, S. 315-352; König, Helmut/Sicking, Manfred (Hg.), Gehört die Türkei zu Europa? Wegweisungen für ein Europa am Scheideweg, Bielefeld 2005; Kazmierkiewicz, Piotr (Hg.), EU Accession Prospects for Turkey and Ukraine. Debates in New Member States, Warschau 2006; Giannakopoulos, Angelos/Maras, Konstadinos, Beziehungen EU-Türkei: Positionen der Kommission und der Ratspräsidentschaft. Eine inhaltsanalytische Auswertung von Sitzungsprotokollen des Europäischen Parlaments 1996-2003, in: Südosteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsforschung 53, 2/2005, S. 213-226; Öniş, Ziya, Turkey-EU Relations: Beyond the Current Stalemate, in: Insight Turkey 10, 4/2008, S. 35-50.

anhand öffentlichkeitstheoretischer Prämissen, die im analytischen Bezugsrahmen erörtert werden.

## **ANALYTISCHER BEZUGSRAHMEN**

### **Normative Öffentlichkeit, plurale Öffentlichkeiten und die Lokalisierung der Massenmedien**

Öffentlichkeit und öffentliche Meinung sind Termini, die uns im Alltag kontinuierlich begleiten. Jürgen Gerhards und Friedhelm Neidhardt messen dem Öffentlichkeitsbegriff in der politischen Rhetorik eine besondere Dignität zu: eine Art „volonté générale“, mit der eine elementar-demokratische Qualität assoziiert werde. Der Eindruck, im Einklang mit der Öffentlichkeit zu stehen, verleihe das Prestige allgemeiner Legitimität.<sup>23</sup> Die Debatte um die türkischen Beitrittsbemühungen in die EU, die in der Bundesrepublik zu einer omnipräsenen öffentlichen Diskussion stilisiert wurde, ist ein Beispiel hierfür. Gesprächsrunden im öffentlich-rechtlichen Fernsehen sowie die Dominanz der Thematik in den Politikteilen, politischen Kommentaren und Feuilletons der überregionalen Printmedien ließen den Eindruck einer öffentlichen Diskussion entstehen, an der sich breite Bevölkerungsteile in Form von Meinungsumfragen oder Leserbriefen beteiligen, aus der sie zumindest aber Informationen gewinnen konnten. Die ‚öffentlichen Meinung‘ zum EU-Beitritt der Türkei wurde zu einem stetigen Begleiter der Debatte.

Wie Öffentlichkeit zu definieren ist und welche Wirkung öffentliche Meinung entfalten kann, ist Gegenstand kontroverser Diskussionen sowohl in der Soziologie als auch in der Geschichtswissenschaft. Ein Kristallisierungspunkt, ohne dessen Erwähnung keine Analyse zum Themenkomplex Öffentlichkeit auskommt, ist das richtungweisende Werk „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ von Jürgen Habermas aus dem Jahre 1962.<sup>24</sup> Seine Analyse des Aufstiegs und Zerfalls der bürgerlichen Öffentlichkeit erfuhr eine breite Rezeption, wobei sein normatives Modell der bürgerlichen Öffentlichkeit auch international ausstrahl-

---

23 Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm, Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze, in: Stefan Müller-Doohm/Klaus Neumann-Braun (Hg.), Öffentlichkeit, Kultur, Massenkommunikation, Oldenburg 1991, S. 31-89, hier S. 31.

24 Habermas, Jürgen, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied/Berlin 1962.

te.<sup>25</sup> Aktuellere Forschungen zu Öffentlichkeit und neuere Öffentlichkeitsmodelle generieren sich meist aus der kritischen Reflexion oder Erweiterung des Habermasschen Modells heraus, um anschließend ihre analytischen und methodischen Ansätze zu präsentieren.<sup>26</sup> Die Kommerzialisierung der Presse seit dem Ende des 19. Jahrhunderts sowie der Wandel des Zeitungsgewerbes vom Nachrichtendienst zur Gesinnungspresse und die damit, so Habermas, einhergehende „Verwischung“ der klaren Abgrenzung zwischen Öffentlichkeit und Privatem innerhalb des privaten Raumes stellen die Ursachen für den Zerfall der bürgerlichen Öffentlichkeit dar: „Seitdem der Absatz des redaktionellen Teiles mit dem Absatz des Annonceteils in Wechselwirkung steht, wird die Presse“, so seine These, „bis dahin Institution der Privatleute als Publikum, zur Institution bestimmter Publikumsteilnehmer als Privatleute – nämlich zum Einfallstor privilegierter Privatinteressen in die Öffentlichkeit.“<sup>27</sup> Für Habermas ist der Strukturwandel der Öffentlichkeit demnach unter anderem auf einen Strukturwandel innerhalb der Presse zurückzuführen, der durch ihre Kommerzialisierung verursacht wurde. Trotz der Kritik am Habermasschen Modell, dem unter anderem eine ideologische Überhöhung des Bürgertums sowie die Vernachlässigung empirischer Belege seiner Hypothesen vorgeworfen wurde, blieb der von ihm ins

---

25 Vgl. Führer, Karl Christian/Hickethier, Knut/Schildt, Axel, Öffentlichkeit - Medien - Geschichte. Konzepte der modernen Öffentlichkeit und Zugänge zu ihrer Erforschung, in: Archiv für Sozialgeschichte 41, 2001, S. 1-38, hier S. 3. Eine knappe Zusammenfassung der Grundelemente von Habermas Konzept der Öffentlichkeit liefert Nancy Fraser. Fraser legt den Schwerpunkt auf die öffentliche Sphäre als eine (theatralische) Arena diskursiver Interaktion, welche von Staat und Wirtschaft separat lokalisiert sei, diese aber kritisierten und Habermas zufolge auch als Korrektiv wirken konnten. Vgl. Fraser, Nancy, Rethinking the Public Sphere: A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy, in: Social Text 11, 25-26/1990, S. 56-80, hier: S. 57.

26 Vgl. u.a. ebd.; Gerhards/Neidhardt, Strukturen und Funktionen; Liesegang, Torsten, Öffentlichkeit und öffentliche Meinung. Theorien von Kant bis Marx (1780-1850), Würzburg 2004, insbesondere S. 32 ff.; Requate, Jörg, Öffentlichkeit und Medien als Gegenstände historischer Analyse, in: Geschichte und Gesellschaft 25, 1/1999, S. 5-32; ders., Journalismus als Beruf. Entstehung und Entwicklung des Journalistenberufs im 19. Jahrhundert. Deutschland im internationalen Vergleich, Göttingen 1995, S. 19 ff.; Münkel, Daniela, Willy Brandt und die „Vierte Gewalt“. Politik und Massenmedien in den 50er bis 70er Jahren, Frankfurt a. M. 2005; Eley, Geoff, Nations, Publics and Political Cultures. Placing Habermas in the Nineteenth Century, in: Craig Calhoun (Hg.), Habermas and the Public Sphere, Cambridge/Massachusetts 1992, S. 289-339.

27 Habermas, Strukturwandel, S. 222.

Bewusstsein gehobene Zusammenhang von Öffentlichkeit und Medien im Fokus des wissenschaftlichen Interesses.<sup>28</sup> Die Verknüpfung von Öffentlichkeit und Medien in sozial- und geschichtswissenschaftlichen Öffentlichkeitstheorien ist auf das pluralistische Wesensmerkmal von Öffentlichkeit zurückzuführen.

Defitorisch ist zwischen normativen Öffentlichkeitsmodellen und der Ausdifferenzierung von multiplen Öffentlichkeitstypen oder Öffentlichkeitssphären zu unterscheiden. Normative Modelle tragen den idealistischen Impetus von Öffentlichkeit in sich, den Habermas mit dem Aufkommen der kommerzialisierten Massenpresse dem Untergang geweiht sah. Der idealistische Impetus äußert sich in den gesellschaftlichen Funktionen, die mit dem Terminus Öffentlichkeit assoziiert werden:

„Öffentlichkeit gehört zur verfassungsrechtlichen gesicherten Grundausrüstung der Demokratien, und aus dieser Bindung entwickeln sich die politischen Funktionen, die man ihr zurechnet, sowie Ansprüche und Maßstäbe, an denen man sie misst. Öffentlichkeit und öffentliche Meinung sind neben allem sonstigen politischen Begriffe, die seit dem Beginn der Aufklärung normative Ladungen besitzen. Die Ansprüche an Öffentlichkeit sind selber Teil öffentlicher Meinungsbildung, und man muß annehmen, sollte auf jeden Fall nicht ausschließen, daß sie nicht ohne jede Wirkung auf den Gegenstand sind, dem sie selber zugehören.“<sup>29</sup>

Wie Friedhelm Neidhardt konstatiert, gehört Öffentlichkeit zum gesellschaftlichen Anspruchsdenken demokratischer Gesellschaften und wird somit zu einem explizit politischen Begriff. Der historische Ursprung der Idealvorstellung von Öffentlichkeit liegt in der europäischen Aufklärung, in der Öffentlichkeit und öffentliche Meinung zu Leitbegriffen eines frei zugänglichen und objektiv geführten Diskurses eines gebildeten Publikums aufstiegen, der den vernünftigen Gesamtwillen der Bevölkerung darstellen und zur Selbstorganisation der Nation führen sollte.<sup>30</sup> Seitdem war der organische Zusammenhang zwischen öffentli-

---

28 Vgl. Fraser, Rethinking, S. 58 f; Gerhards/Neidhardt, Strukturen und Funktionen, S. 33 f.

29 Neidhardt, Friedhelm, Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, in: ders. (Hg.), Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, Opladen 1994, S. 7-41, hier S. 8.

30 Vgl. Schulz, Andreas, Der Aufstieg der „vierten Gewalt“. Medien, Politik und Öffentlichkeit im Zeitalter der Massenkommunikation, in: Historische Zeitschrift 270, 1/2000, S. 65-97, hier S. 69; Dies ist eine sehr komprimierende Zusammenfassung der theoretischen Diskussion um die Begriffe Öffentlichkeit und öffentliche Meinung vom Ende des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Thorsten Liesegang untersuchte die

cher Debatte und politischer Publizistik Bestandteil der Grundüberzeugungen liberaler Reformbewegungen in Europa. Pressefreiheit avancierte zur unabdingbaren Voraussetzung für die Entstehung und Äußerung öffentlicher Meinung.<sup>31</sup>

In Anlehnung an Jürgen Gerhards Definition politischer öffentlicher Meinung wird öffentliche Meinung im Folgenden als Resultat von Kommunikationen von Akteuren in der Öffentlichkeit verstanden:

„Erst wenn Themen und Meinungen von Individuen sowie Themen und Meinungen kollektiver Akteure öffentlich kommuniziert und nicht als Einstellungen im Bewußtsein gehalten werden, haben sie die Chance, zur Generierung öffentlicher Meinung beizutragen. Öffentliche Meinung bedarf der Kommunikation: Bürger müssen öffentlich aussprechen, was sie bekümmert, Verbände müssen Resolutionen erlassen, und Parteien müssen Pressekonferenzen abhalten, wollen sie sich an der Generierung öffentlicher Meinung beteiligen.“<sup>32</sup>

Akteure müssen also, wollen sie an der Generierung öffentlicher Meinung beteiligt sein, ihre Belange oder Interessen öffentlich kommunizieren. Die enorme Macht, die der öffentlichen Meinung zugesprochen wird, lässt sich dabei nur durch die normative Kraft erklären, die ihr unterstellt wird: das kollektive Produkt von Kommunikationen zu sein, das sich zwischen Akteuren als „herrschen“ der Meinung“ etabliert.<sup>33</sup> In normativen Öffentlichkeitsmodellen wird die Funk-

---

unterschiedlichen Theorieentwicklungen (u.a. bei Immanuel Kant, Georg Wilhelm Friedrich Hegel und Karl Marx) und zeigt eine keinesfalls kohärente Entwicklung des Öffentlichkeitsbegriffes auf. Vielmehr sei von einem dialektischen Gehalt von emanzipatorischer Hoffnung und repressiver Ordnung der Öffentlichkeit auszugehen. Vgl. dazu insbesondere die Gegenüberstellung unterschiedlicher Interpretationen der Funktionen von Öffentlichkeit und öffentlicher Meinung in seiner Schlussbetrachtung „Die Dialektik der Öffentlichkeit“: Liesegang, Öffentlichkeit, S. 238-250.

31 Vgl. Schulz, der Aufstieg, S. 69.

32 Vgl. Gerhards, Jürgen, Neue Konfliktlinien in der Mobilisierung öffentlicher Meinung. Eine Fallstudie, Opladen 1993, S. 25: Gerhards verortet die öffentliche Meinung im systemtheoretischen Sinne im „Öffentlichkeitssystem“. Systemtheoretische Ansätze zu den Massenmedien werden zwar in dieser Arbeit nicht verfolgt, doch die Ansicht, öffentliche Meinung als akteurszentrierte Kommunikationen zu verstehen, wird geteilt.

33 Diese Definition bietet Friedhelm Neidhardt an. „Herrschend“ ist die öffentliche Meinung demnach dann, „wenn eine Abweichung von den mit ihr ausgedrückten Fragestellungen, Begründungen, Bewertungen und Folgerungen bei einer Mehrzahl anderer Sprecher (und bei den Medien) einen Widerstand auslöst, der eine Marginalisierung

tion von Öffentlichkeit in Form der öffentlichen Meinung als Korrektiv politischer Entscheidungen und als essentielles Wesensmerkmal der Moderne aufrechterhalten.<sup>34</sup>

Bernhard Peters betont den heuristischen Wert der normativen, idealistischen Öffentlichkeitsdefinition.<sup>35</sup> Im empathischen Sinne werde Öffentlichkeit durch Kommunikationen unter Akteuren gebildet, die aus dem Privaten austreten, um sich über Angelegenheiten von allgemeinem Interesse zu verständigen. Bedingungen der Öffentlichkeit im empathischen Sinne sind nach Peters „Gleichheit und Reziprozität“<sup>36</sup>, „Offenheit und adäquate Kapazität“<sup>37</sup> und die „diskursive Struktur“<sup>38</sup>. Idealiter komme das Publikum über die Bedingungen der Öffentlichkeit zu reflektierten Überzeugungen und Urteilen. Öffentliche Meinung sei im „anspruchsvollen Sinn“ rational und aufgeklärt, weil oder insofern sie aus öffentlichen Diskursen hervorgehe.<sup>39</sup> Orientiert an der Idealtypusbildung von Max Weber, geht Peters von dem beschriebenen Öffentlichkeitsmodell aus, um zu prüfen, „wo, in welcher Form, in welchem Grad die realen Verhältnisse sich den Eigenschaften des Modells annähern oder abweichen.“<sup>40</sup>

Normative Ansprüche an Öffentlichkeit reflektieren die immense Bedeutung, die ihr in gesellschaftlichen Kommunikationsprozessen zugesprochen wird. Die

---

der Abweichung zur Folge hat und für die abweichenden Sprecher Prestigeverlust mit sich bringt.“ Neidhardt, Öffentlichkeit, S. 23.

34 Kurt Imhof sieht die Hauptaufgabe der Öffentlichkeit in der Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen. Dies sei das entscheidende Unterscheidungskriterium zwischen Moderne und Postmoderne. Etwas pathetisch formuliert er: „Erst wenn diese Kritik verstummt, ist die Moderne gestorben und es mag sich die Rede von der Postmoderne rechtfertigen.“ Imhof, Kurt, Theorie der Öffentlichkeit als Theorie der Moderne, in: Carsten Winter/Andreas Hepp/Friedrich Krotz (Hg.), Theorien der Kommunikations- und Medienwissenschaft. Grundlegende Diskussionen, Forschungsfelder und Theorieentwicklungen, Wiesbaden 2008, S. 65-90, hier S. 66.

35 Vgl. Peters, Bernhard, Der Sinn von Öffentlichkeit, Frankfurt a. M. 2007.

36 Hiermit ist die Möglichkeit für jedermann gemeint, nicht nur zuzuhören, sondern sich auch äußern zu können.

37 Über die Relevanz jeglicher Themen wird in der öffentlichen Debatte selbst entschieden, wodurch alle Themen potentiell öffentlich werden können.

38 Setzt die Achtung der Kommunikationspartner voraus, wobei Argumente jederzeit Einwänden oder Kritik ausgesetzt werden können. Probleme oder Elemente, die dem idealistischen normativen Modell in der Realität entgegentreten führt Peters selbst auf: vgl. ebd., S. 54-58.

39 Vgl. ebd., S. 47.

40 Ebd., S. 50.

Relevanz der Bundesrepublik Deutschland für die türkischen Beitrittsbemühungen in die Europäischen Gemeinschaften in öffentlichen Kommunikationsprozessen zu untersuchen, ist durch den der Öffentlichkeit zugemessenen Einfluss legitimiert. Mit anderen Worten: Von der Analyse öffentlicher Quellen wird Aufschluss über den Stellenwert der Bundesrepublik für die türkischen Beitrittsbemühungen erwartet. Je intensiver über deutsch-türkische oder türkisch-europäische Beziehungen berichtet oder in den Kommentaren reflektiert wurde, so die Prämisse, desto intensiver war die den Artikeln folgende Anschlusskommunikation und desto weiter rückte die Thematik ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit.

Wie sich gesellschaftliche Ausdifferenzierungsprozesse in unterschiedlichen Öffentlichkeitstypen gestalteten und welche Öffentlichkeitstypen man voneinander trennen muss, sind leitende Fragestellungen der pluralen Öffentlichkeitstheorien. Entscheidender Vorteil gegenüber normativen Öffentlichkeitsmodellen ist die Operationalisierbarkeit des Öffentlichkeitsbegriffes, da die Pluralisierung von Öffentlichkeit ihn von seinen ideologischen und normativen Überhöhungen entlastet und ihn in spezifische Kommunikationssysteme eingrenzt.<sup>41</sup> Eine der meist zitierten Aufteilungen in ‚Öffentlichkeitstypen‘ ist die dreiteilige horizontale Hierarchisierung wie sie im systemtheoretischen Ansatz von Gerhards und Neidhardt vorgenommen wird: Einfache Interaktionssysteme zwischen Menschen, die mehr oder weniger zufällig aufeinandertreffen werden als „Encounters“ tituliert und bilden die elementare Form der „kleinen Öffentlichkeit“. „Öffentliche Veranstaltungen“ reichen von Versammlungen bis hin zu Protestbewegungen und setzen im Unterschied zu „Encounters“ ein Thema sowie ein Themeninteresse der Teilnehmer voraus. Schließlich ist die „Massenmedienkommunikation“, die in Form der massenmedialen Öffentlichkeit ihren Ausdruck fand, konstitutiv für eine allgemeine Wahrnehmung von Themen.<sup>42</sup> „Über die Massenmedien wird Öffentlichkeit zu einer dauerhaft bestimmten gesellschaftlichen und politischen Größe, und es ist deshalb unvermeidlich, daß Öffentlichkeitsforschung sich auch und ganz wesentlich als Massenmedienforschung verstehen

---

41 Vgl. Führer/Hickethier/Schildt, Öffentlichkeit, S. 12.

42 Vgl. zu der Hierarchisierung in die einzelnen Öffentlichkeitstypen: Gerhards/Neidhardt, Strukturen und Funktionen, S. 50 ff.: Das Verhältnis zwischen den drei Öffentlichkeitstypen wurde wie folgt definiert: „Einfache Interaktionssysteme im Sinne von ‚Encounters‘ sind die frühesten und elementarsten Formen von Öffentlichkeit. ‚Veranstaltungen‘ erschienen als höher organisierte und voraussetzungsvollere Zwischenformen öffentlicher Kommunikation. Mit der Etablierung von Massenmedienkommunikation erreicht die Ausdifferenzierung von Öffentlichkeit ein gesamtgesellschaftlich dauerhaft wirksames Format.“ Ebd., S. 55-56.

muß.“<sup>43</sup> In allen drei Öffentlichkeitstypen bildet „Kommunikation“ das Konstitutivum für die Entstehung von Öffentlichkeit. Nach Friedhelm Neidhardt entsteht Öffentlichkeit dort, „wo ein Sprecher vor einem Publikum kommuniziert, dessen Grenzen er nicht bestimmen kann.“<sup>44</sup> Die Unabgeschlossenheit des Publikums ist demnach ein prinzipielles Element massenmedialer öffentlicher Kommunikation. Ebenso prinzipiell sind jedoch die Fragen wer etwas kommuniziert und wie es dem Publikum kommuniziert wird. Diese auf dem System Input – Throughput – und Output<sup>45</sup> basierenden Fragestellungen sind eng gekoppelt an das System der Massenkommunikation. Im systemtheoretischen Ansatz von Gerhards/Neidhardt ragen somit die Massenmedien als bedeutender Akteur heraus. Wenn auch einen systemtheoretischen Ansatz ablehnend, bildet auch für Axel Schildt Öffentlichkeit den einenden, forschungsintegrativen Begriff vor dem Hintergrund der historischen Erforschung von Medien.<sup>46</sup> Dabei solle Öffentlichkeit nicht als Addition der an medialer Kommunikation beteiligten Faktoren verstanden werden, sondern vielmehr als ein „Ensemble und eine Interdependenz von medialer Produktion, Kommunikation und Rezeption, von systemischen und lebensweltlichen Mustern, von technologischen Dynamiken und kulturellen Bedeutungen, von biografischen und sozialstrukturellen Dimensionen, von Macht- und Diskursformen, existierend in der differenzierten und fragmentierten Form verschiedener Öffentlichkeiten.“<sup>47</sup> Schildt plädiert somit für die Existenz pluraler Öffentlichkeiten und gegen die Annahme einer universellen Öffentlichkeit. Aus der Auseinandersetzung mit dem Habermasschen Modell der bürgerlichen Öffentlichkeit heraus, argumentieren auch Nancy Fraser und Jörg Requate für die Existenz pluraler Öffentlichkeiten. Während sich Fraser auf den von Habermas untersuchten Zeitraum konzentriert und bereits hier eine Vielzahl konkurrierender Öffentlichkeiten ausmacht,<sup>48</sup> versteht Requate den von Habermas beschriebenen Prozess zum Ende des 19. Jahrhunderts nicht als Zerfall, sondern als Ausdifferenzierung von Öffentlichkeit.<sup>49</sup> Was Habermas als „Zerfall“ von Öffentlichkeit durch die massenmediale Verfügbarmachung öffentlicher Kommunikation erschienen sei, bilde gar die Grundlage für die Vorstellung von einer durch

---

43 Ebd., S. 34-35.

44 Neidhardt, Öffentlichkeit, S. 10.

45 Vgl. Gerhards/Neidhardt, Strukturen und Funktionen, S. 34-35.

46 Schildt, Axel, Das Jahrhundert der Massenmedien. Ansichten zu einer künftigen Geschichte der Öffentlichkeit, in: Geschichte und Gesellschaft 27, 2/2001, S. 177-206, hier S. 187.

47 Ebd.

48 Vgl. Fraser, Rethinking, S. 61.

49 Vgl. Requate, Öffentlichkeit und Medien, S. 6 f.

die modernen Massenmedien hergestellten Öffentlichkeit. Charakteristikum der „neuen“ massenmedialen Öffentlichkeit sei gerade die Reduktion der öffentlichen Kommunikation aller mit allen auf die Veröffentlichung von Kommunikationsangeboten und ihrer Nutzung.<sup>50</sup> Weiteres Merkmal der als „neu“ bezeichneten massenmedialen Öffentlichkeit ist die Ersetzung eines Ideals universeller Öffentlichkeit durch ein plurales Konzept von Öffentlichkeiten.<sup>51</sup>

Während also die Existenz pluraler Öffentlichkeiten disziplinübergreifend akzeptiert wird, divergieren die Ansätze insbesondere in der Lokalisierung und Funktion der Massenmedien. Im systemtheoretischen Ansatz von Friedhelm Neidhardt und Jürgen Gerhards wird der Massenmedienkommunikation zwar eine exponierte Stellung beigemessen, doch bleibt sie im selbstreferentiellen Öffentlichkeitssystem verhaftet.<sup>52</sup> Kritiker dieses Ansatzes betonen hingegen die Wirkungsmacht der Medien in gesellschaftlichen und politischen Prozessen, welche in systemtheoretischen Ansätzen mit der ihr eigenen Kennzeichnung moderner Gesellschaften als funktional differenzierte Gesellschaften nicht erfasst werden könne.<sup>53</sup> Sowohl für das Alltagsleben der Bürger als auch für die Entwicklung von Wirtschaft, Gesellschaft und politischer Macht seien die Massenmedien Presse, Rundfunk und Film „von so überragender Bedeutung, dass die Ausblendung ihrer Macht oder ihres Einflusses ein grotesk verzerrtes Bild der Realität liefern würde.“<sup>54</sup> Die attributive Zuschreibung der Massenmedien als „vierte Gewalt“ neben Judikative, Exekutive und Legislative spiegelt wider, welches Maß an Gestaltungsmacht ihnen beigemessen wird.<sup>55</sup>

---

50 Vgl. Führer/Hickethier/Schildt, Öffentlichkeit, S. 6.

51 Vgl. ebd., S. 12.

52 Vgl. Gerhards/Neidhardt, Strukturen und Funktionen, S. 40. Indes konstatierten die Autoren eine „(...) strukturelle Verkoppelung des politischen Systems mit dem Öffentlichkeitssystem.“ Ebd., S. 69.

53 Vgl. Schildt, Das Jahrhundert, S. 182; Requate, Öffentlichkeit und Medien, S. 11-12; Hinsichtlich der theoretischen Ausrichtung, welche die massenmediale Öffentlichkeit als nur einen Teilbereich unter anderen Öffentlichkeiten betrachtet, konstatiert Requate eine Verkennung der massenmedialen Öffentlichkeit, da ihr ein völlig anderer Charakter inhärent sei: „Denn nahezu jede Teilöffentlichkeit ragt gewissermaßen in die massenmediale Öffentlichkeit hinein, kann dort einen bestimmten Raum einnehmen, ist aber dann den Mechanismen und Eigengesetzlichkeiten der Massenmedien unterworfen. Dabei erscheint gerade das Wechselspiel zwischen den Massenmedien und den Teilöffentlichkeiten als zentraler Punkt.“ Ebd., S. 12.

54 Führer/Hickethier/Schildt, Öffentlichkeit, S. 1.

55 Vgl. etwa Schulz, Der Aufstieg der „vierten Gewalt“, S. 65-97.

Auch in jüngeren geschichtswissenschaftlichen Ansätzen rücken die Massenmedien ins Zentrum des Interesses, indem die Forderung formuliert wird, sie nicht bloß als kritische Beobachter *neben* politischen Verantwortungsträgern, sondern *als* politische Akteure wahrzunehmen. Die geschichtswissenschaftliche Forschungskontroverse um die Neuausrichtung und konzeptionelle Erweiterung der Politikgeschichte lässt Perspektiven einer historischen Politikforschung hervortreten, die den Antagonismus zwischen der klassischen, staatszentrierten Politikgeschichte und der Historischen Sozialwissenschaft durch die Erweiterung des Politikbegriffes aufzulösen versuchen.<sup>56</sup> Vertretern der klassischen Politikgeschichte wird ein zu enger Fokus auf Staatsbeziehungen vorgeworfen, deren Forschungen oft an die Geschichte „großer Männer“ erinnere.<sup>57</sup> Die Historische Sozialwissenschaft dagegen habe zwar den Blick weg von den staatlichen Akteuren gelenkt, die Politik aber vollends in der Gesellschaft aufgelöst und sie durch ihre Konzentration auf soziale und ökonomische gesellschaftliche Faktoren letztlich marginalisiert. Aufgabe einer neuen Politikgeschichte sei es, durch neue Perspektiven und Forschungsfragen, die Politikgeschichte umzuschreiben.<sup>58</sup> Von einer einheitlichen neuen Politikgeschichte kann indes nicht ausgegangen werden, wie bereits die divergierenden Titulierungen der Ansätze erkennen lassen: „Neue Politikgeschichte“, „Kulturgeschichte der Politik“, oder aber „Kulturgeschichte des Politischen“. Ein die konkurrierenden Ansätze vereinender Faktor ist die Erweiterung des Politikbegriffes. Eine Perspektive der Fremdheit einfordernd, will die „Kulturgeschichte der Politik“, die Thomas Mergel skizziert, die wissenschaftliche Aufmerksamkeit insbesondere auf Symbole und Rituale in der Politik lenken, die unter ihren kommunikationsspezifischen Funktionen zu untersuchen seien.<sup>59</sup> Scheinbare Nebensächlichkeiten wie Grußformeln, Sitzordnungen oder Anzüge seien ebenso Politik wie eine Rede oder ein verabschiedetes Gesetz. Mergels Ansatz geht von einer stark konstruktivistischen Sichtweise aus,

---

56 Vgl. zur Forschungskontroverse: Landwehr, Achim, Diskurs - Macht - Wissen. Perspektiven einer Kulturgeschichte des Politischen, in: Archiv für Kulturgeschichte 85, 1/2003, S. 71-117; Conze, Eckart, „Moderne Politikgeschichte“. Aporien einer Kontroverse, in: Guido Müller (Hg.), Deutschland und der Westen. Internationale Beziehungen im 20. Jahrhundert; Festschrift für Klaus Schwabe zum 65. Geburtstag, Stuttgart 1998, S. 19-30.

57 Vgl. Mergel, Thomas, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: Geschichte und Gesellschaft 28, 2002, S. 574-606, hier, S. 575 f.

58 Vgl. ebd., S. 579 f.; sowie Frevert, Ute, Neue Politikgeschichte, Konzepte und Herausforderungen, in: dies./Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung, Frankfurt a. M. 2005, S. 7-26, hier S. 10.

59 Vgl. Mergel, Überlegungen, S. 588 ff.

da alle politischen Themen für eine Kulturgeschichte der Politik kommunikativ produzierte und symbolisch hergestellte Phänomene sind.<sup>60</sup> Ute Frevert und Heinz-Gerhard Haupt legen den Schwerpunkt ebenfalls auf die kommunikativen Aspekte der Politik.<sup>61</sup> Auch für sie ist das Politische durch Rituale und Symbole gekennzeichnet, sowie durch Kommunikations- und Aushandlungsprozesse darüber, was als politisch zu verstehen sei und was nicht. Innerhalb dieser In- und Exklusionsprozesse habe sich die Kommunikation, und dies führt zurück auf die bereits erläuterten Öffentlichkeitstheorien, von einer Kommunikation der Anwesenden zu einer Kommunikation der Abwesenheit entwickelt.

Dementsprechend rückt die Rolle der Medien in den Vordergrund, da sie politische Themen transportieren und kommunizieren. Dariüber hinaus übernehmen Medien aber auch die Rolle von Verstärkern und Multiplikatoren politischer Diskurse; im politischen Feld definieren sie die politische Agenda, thematisieren und dethematisieren politische Fragen und Probleme, teilweise in Konkurrenz zu den politischen Verantwortungsträgern.<sup>62</sup> Das Verhältnis zwischen politischen Verantwortungsträgern und massenmedialer Berichterstattung lässt sich am signifikantesten mit Pierre Bourdieus Analysen des politischen Felds beschreiben. Im Rahmen seiner Feldtheorie definiert Bourdieu das politische Feld als eine kleine, relativ autonome soziale Welt, die primär durch stetige Aushandlungs- und Differenzierungsprozesse über die Zugehörigkeit zum Feld gekennzeichnet sei.<sup>63</sup> Dabei muss man diese Handlungs- und Differenzierungsprozesse als einen

---

60 Vgl. ebd., S. 594. Vgl. auch ders., Kulturwissenschaft der Politik, in: Friedrich Jäger/Jörn Rüsen (Hg.), Handbuch der Kulturwissenschaften, Bd. 3, Themen und Tendenzen, Stuttgart 2004, S. 413-425. Einen ähnlichen Ansatz wählt Barbara-Stollberg Rilinger. Sie geht von einem sozialanthropologischen Kulturbegriff aus, wonach Kultur über die fundamentale Fähigkeit des Menschen zur Symbolerzeugung definiert werde. Auch ihr Anliegen besteht darin, durch eine Perspektive der Fremdheit jedes überhistorisch - universalierende und essentialistische Verständnis politischer Handlungsformen und Institutionen, Wertvorstellungen und Motive zu dekonstruieren. Vgl. dazu Stollberg-Rilinger, Barbara, Was heißt Kulturgeschichte des Politischen?, in: dies. (Hg.), Was heißt Kulturgeschichte des Politischen?, Berlin 2005, S. 9-24.

61 Vgl. zu einer begriffsgeschichtlichen Analyse der Termini „Politik“ und „das Politische“: Steinmetz, Willibald, Neue Wege einer historischen Semantik des Politischen, in: ders. (Hg.), Politik, Situationen eines Wortgebrauchs im Europa der Neuzeit, Frankfurt 2007, S. 9-40.

62 Vgl. Frevert, Neue Politikgeschichte, S. 17 f.

63 Vgl. Bourdieu, Pierre, Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft, Konstanz 2001, S. 41. Es würde an dieser Stelle zu weit führen Bourdieus Feldtheorie im Einzelnen zu differenzieren. Grundmerkmal seiner „Theorie der Praxis“ ist die kultur-

Kampf um die Bewahrung und/oder Veränderung legitimer Sicht- und Teilungsprinzipien der sozialen Welt verstehen, also um die Akkumulation von symbolischer Macht:

„Das politische (Produktions-)feld ist der Ort, an dem von den dort befindlichen, miteinander konkurrierenden Akteuren politische Produkte hergestellt werden (Probleme, Programme, Analysen, Kommentare, Konzepte, Ereignisse), unter denen die auf den Status von ‚Konsumenten‘ reduzierten gewöhnlichen Bürger wählen sollen, wobei das Risiko eines Missverständnisses umso größer ist, je weiter sie vom Produktionsort entfernt sind.“<sup>64</sup>

Folgt man dieser Definition, sind politische Verantwortungsträger und Massenmedien als Konkurrenten in der Herstellung politischer Produkte zu verstehen. Doch nicht nur das: Den Massenmedien fällt die kommunikative Vormachtstellung im politischen Feld zu:

„Es ist ein sehr wichtiges soziales Faktum, daß man heute nur noch über die Vermittlung des Journalismus Zugang hat zum öffentlichen Raum. Man muß in den Zeitungen schreiben, im Fernsehen auftreten, bei Podiumsdiskussionen mitmachen, Bücher veröffentlichen. Wir können von einer außergewöhnlichen Konzentration der Macht auf die Medien sprechen.“<sup>65</sup>

Massenmedien können im Sinne Bourdieus demnach als Akteure im politischen Feld beschrieben werden, die an der Manifestation der Sicht- und Teilungskriterien der Welt insbesondere durch das Agenda-Setting mitwirken und dabei in

---

soziologische Erklärung der sozialen Welt durch die zentralen Termini Feld, Kapital und Habitus. Der Feldbegriff erläutert den sozialen Raum durch seine Aufteilung in verschiedene Kraft- und Machtfelder, deren Grenzen nie genau festgelegt sind, sondern kontinuierlich neu ausgehandelt und differenziert werden. Die Kapitalsorten sind in kulturelles, ökonomisches, symbolisches und soziales Kapital unterteilt, wobei die Akkumulation und Verteilung dieser Kapitalsorten prägende Bestandteile gesellschaftlicher Wirklichkeit sind. Im Habitus vereinen sich historisch entwickelte individuelle und kollektive Praktiken, die sich im jeweiligen Feld konstituiert haben. Dabei sind auch diesem Konzept nicht enge Grenzen gesetzt. Der Habitus ist nicht starr, sondern anpassungsfähig. Vgl. zur Ausdifferenzierung von Bourdieus Kultursoziologie: Bourdieu, Pierre, Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilstakraft, Frankfurt a. M. 1982.

64 Vgl. Bourdieu, Das politische Feld, S. 68-69.

65 Ebd., S. 62-63.

Konkurrenz zu den politischen Verantwortungsträgern agieren.<sup>66</sup> Daran anknüpfend wird im Folgenden argumentiert, dass Massenmedien als politische Akteure im politischen Feld zu analysieren sind. Die Rolle des politischen Akteurs wird ihnen insbesondere in theoretischen Diskussionen um die Existenz einer europäischen Öffentlichkeit zugeschrieben. Europapolitische Themen in Nachrichten und Kommentaren aufnehmend und verbreitend, tragen und initiieren sie grenzüberschreitende, transnationale Kommunikation. Der Grad der Transnationalisierung nationalstaatlich geprägter Nachrichten lässt sich, so die Prämisse, sowohl theoretisch als auch empirisch an den Funktionen und Inhalten der Massenmedien festmachen.<sup>67</sup> Bleibt die Frage, wann entsteht eine transnationale Öffentlichkeit?

### **Transnationale Öffentlichkeiten und die Frage nach der Existenz einer europäischen Öffentlichkeit**

Entsteht eine transnationale europäische Medienöffentlichkeit, wenn es zwischen der massenmedialen Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei zu einer thematischen Verschränkung kommt, deren gemeinsamer Relevanzpunkt ein europapolitisches Thema ist? Liegt transnationale Kommunikation vor, wenn deutsche Journalisten in türkischen Printmedien publizieren oder Artikel des jeweils anderen Landes in den nationalen Printmedien zitiert und kommentiert werden? Ausgehend von diesen Fragen, ordnet sich der theoretische Ansatz dieser Arbeit in die Kontroverse um Existenz und Struktur einer transnationalen, respektive europäischen Medienöffentlichkeit ein, die insbesondere unter Soziologen zur Konfrontation zwischen grundsätzlichen Skeptikern der Existenz einer europäischen Öffentlichkeit und Kritikern einer normativen Erhöhung europäischer Öffentlichkeit geführt hat. Mit seinem Befund, in der EU herrsche ein Öffentlichkeits- und damit ein Demokratiedefizit stieß Jürgen Ger-

---

66 Der Konkurrenzaspekt bezieht sich insbesondere auf die Kräfteverhältnisse im politischen Feld. Selbstverständlich arbeiten Politiker und Journalisten auch zusammen, indem sie miteinander kooperieren oder sich gegenseitig Vorteile verschaffen.

67 Vgl. etwa die Beiträge zur Frage nach der Existenz einer transnationalen europäischen Öffentlichkeit in der Berliner Debatte Initial von 2002: Eder, Klaus/Kantner, Cathleen, Interdiskursivität in der europäischen Öffentlichkeit, in: Berliner Debatte Initial 13, 5-6/2002, S. 79-88; Risse, Thomas, Zur Debatte um die (Nicht-) Existenz einer europäischen Öffentlichkeit. Was wir wissen, und wie es zu interpretieren ist, in: ebd., S. 15-23; Van de Steeg, Marianne, Eine europäische Öffentlichkeit? Die Diskussion um die Osterweiterung der EU, in: ebd., S. 57-65.

hards die Kontroverse in Deutschland maßgeblich an.<sup>68</sup> Seine beiden theoretischen Modelle europäischer Öffentlichkeit wurden von anderen Theoretikern als Grundlage verwendet, um eigenen Merkmale und Indikatoren für die Emergenz europäischer Öffentlichkeit zu entfalten.<sup>69</sup> Auf breite Ablehnung stieß hingegen sein normativer Ansatz, das Potenzial europäischer Öffentlichkeit an der Entstehung massenmedialer Öffentlichkeit zu messen sowie an der Möglichkeit breiter Bevölkerungsmassen, sich über das politische Leben zu informieren.<sup>70</sup> Forderte

- 
- 68 Beispielhaft erläutert Gerhards das Öffentlichkeitsdefizit, also das Defizit an öffentlicher Informationsvermittlung zu europäischen Entscheidungsfindungsprozessen, an der Berichterstattung zum Helsinki-Gipfel der EU von 1999, dessen weitreichende Entscheidungen zwar in den Massenmedien der Bundesrepublik aufgetaucht seien, aber keineswegs eine tiefer gehende Auseinandersetzung mit den Konsequenzen stattgefunden habe. Vgl. Gerhards, Jürgen, Europäisierung von Ökonomie und Politik und die Trägheit der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit, in: Maurizio Bach (Hg.), Die Europäisierung nationaler Gesellschaften, Wiesbaden 2000, S. 277-305, hier S. 278; In einer Langzeitstudie von 1950 bis 1996 untersuchte Gerhards, inwiefern eine Transnationalisierung der Bereiche, Politik, Ökonomie und politische Öffentlichkeit vorhanden gewesen sei. Auch hier „hinke“ die Transnationalisierung respektive Europäisierung der massenmedialen Öffentlichkeit denen der Politik und der Ökonomie nach, da die Massenmedien nationale Themen favorisierten. Vgl. dazu ebd., S. 284 ff.; vgl. auch ders., Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit, in: Zeitschrift für Soziologie 22, 2/1993, S. 96-110.
- 69 Vgl. etwa Eilders, Christiane/Voltmer, Katrin, Zwischen Deutschland und Europa. Eine empirische Untersuchung zum Grad von Europäisierung und Europa-Unterstützung der meinungsführenden deutschen Tageszeitungen, in: Medien & Kommunikationswissenschaft 51, 2/2003, S. 250-270; Van de Steeg, Eine europäische Öffentlichkeit?
- 70 Vgl. etwa Trenz, Hans-Jörg, Korruption und politischer Skandal in der EU. Auf dem Weg zu einer europäischen politischen Öffentlichkeit?, in: Bach (Hg.), Die Europäisierung nationaler Gesellschaften, S. 332-359; Diese Ansicht beruhe auf einer konzeptionellen Engführung, wobei die Einheitlichkeit von Öffentlichkeit und Nationalstaat durch eine gemeinsame Sprache und Kultur gewährleistet werde, die sich angeblich in einem kollektiven Reservoir an geteilten Meinungen niederschlage. Hieraus ergebe sich zwangsläufig für die europäischen Strukturen ein Demokratiedefizit. Die Theorie scheitere indes bereits an der Vereinheitlichung des Publikums, die auch in Nationalstaaten keineswegs bestehe, sondern immer aufgrund thematisch gebundener Aufmerksamkeit in unterschiedliche Gruppierungen zerfalle. Ebd., S. 333. Van de Steeg sieht den entscheidenden Fehler in dieser Theorie darin, Öffentlichkeit nationalstaat-

bereits diese, an Habermas orientierte idealistische Vorstellung eines nationalen Demos, verkörpert durch die Kritik politischer Prozesse in der Öffentlichkeit, Ablehnung heraus, ging Gerhards noch einen Schritt weiter, indem er den normativen Anspruch auf ‚die‘ europäische Öffentlichkeit anwandte: Eine länderübergreifende europäische Öffentlichkeit, also ein einheitliches Mediensystem, dessen einheitliche Informationen und Inhalte in den verschiedenen Mitgliedsländern der EU dem Publikum zugänglich gemacht werden, sei, so seine These, „nicht gegeben“ und „sicherlich – neben dem Sprachenproblem – eines der wichtigsten Hemmnisse der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit.“<sup>71</sup> Weitgehend realistischer, wie er selbst feststellte, sei das Modell der Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten. Es umgehe das Sprachenproblem durch die Thematisierung europäischer Themen und Akteure in den nationalen Öffentlichkeiten, die unter einer nicht-nationalstaatlichen Perspektive zu betrachten und bewerten seien.<sup>72</sup> Greift das Modell der Europäisierung nationaler Öffentlichkeit im Fall der deutsch-türkischen Beziehungen? Die Vermutung liegt nahe, dass auch ein europapolitisches Thema immer unter dem Gesichtspunkt der nationalen Perspektive kommentiert wird, richtet sich das Massenmedium doch in erster Linie an die nationale Leserschaft. So stellt sich die Frage, ob denn überhaupt die nationalstaatliche Perspektive verlassen werden muss, um transnationale Kommunikation vorzufinden? Setzen Gerhards Modelle nicht zu hohe Maßstäbe an eine Transnationalisierung von massenmedialer Kommunikation und wird somit, wie Kathleen Kantner und Klaus Eder kritisieren, „ihr Pessimismus zur

---

lich zu begrenzen. Dadurch werde die an sich schon realitätsferne Vorstellung einer homogenen nationalen Öffentlichkeit zur Norm, auf deren Grundlagen die Existenz einer europäischen Öffentlichkeit a priori scheitern müsse. Vgl. Van de Steeg, Eine europäische Öffentlichkeit?, S. 59.

71 Vgl. Gerhards, Europäisierung, S. 288–292. Dieter Grimm argumentiert ähnlich. Auch er sieht keine Anzeichen für das Entstehen einer europäischen Öffentlichkeit oder eines europäischen politischen Diskurses, da sowohl eine gemeinsame Sprache als auch ein europäisches Kommunikationssystem als Kommunikationsgrundlagen nicht vorhanden seien. Vgl. Grimm, Dieter, „Braucht Europa eine Verfassung?“, in: Juristen Zeitung 50, 12/1995, S. 581–591.

72 Vgl. Gerhards, Europäisierung, S. 293–297. Anhand der Daten von Hans Matthias Kepplinger, der die Berichterstattung in den Politikteilen der deutschen Qualitätspressen untersuchte, kommt Gerhards auch hier zu einem negativen Befund indem er fest stellt, „dass die nationale Öffentlichkeit weitgehend nationalistisch fixiert geblieben ist und sich nicht europäisiert hat.“ Ebd., S. 297; seine Daten sind entnommen aus Kepplinger, Hans Matthias, Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft, München 1998.

sich selbst erfüllenden Prophezeiung?“<sup>73</sup> Eder setzt weniger normativ an, indem er entlang zentraler *issues* die zeitweilige Entstehung transnationaler europäischer Öffentlichkeit identifiziert, also eine Transnationalisierung nationaler Öffentlichkeiten dann feststellt, wenn es um ein gemeinsames Anliegen oder Problem mehrerer Nationalstaaten geht, deren Erörterungen in transnationale Kommunikation münden.<sup>74</sup> Dabei umschreibt er die *issues* als „regelmäßige kommunikative Ereignisse, die den öffentlichen Raum Europas durchlaufen.“<sup>75</sup> Dieses Durchlaufen von Kommunikation im europäischen Raum gelte es zu beschreiben und in seiner besonderen Logik zu verstehen. Angenommen, zwischen der massenmedialen Öffentlichkeiten der Bundesrepublik und der Türkei sorgte ein Thema, wie etwa die Frage nach der potentiellen Freizügigkeit türkischer Staatsbürger in den Grenzen der EG in den 1970er Jahren, für eine, die nationalen Grenzen überschreitende Kommunikation, so könnte man von einem *issue* sprechen, das für einen gewissen Zeitraum transnationale Kommunikation entstehen ließ. Erwähnt werden muss an dieser Stelle, dass fast alle Arbeiten, die sich transnationaler Kommunikation zuwenden, ihren zeitlichen Fokus nach der Entstehung der EU setzen, um die Existenz und Strukturen zentraler *issues* zu untersuchen, die grenzüberschreitend in der EU diskutiert wurden. Das Anliegen dieser Arbeit ist, korrespondierend zum zeitlichen Rahmen von den 1960er Jahren bis zum Ende der 1980er Jahren, zu untersuchen, ob und inwiefern es bereits transnationale europäische Strukturen in Form solcher *issues* in einem Zeitraum gab, der bisher nicht analysiert wurde. Zwar ist die Türkei bis heute kein Mitglied der EU, aber ihre Zugehörigkeit zum europäischen politischen Raum dürfte gerade zu Zeiten des Ost-West-Konflikts unangezweifelt sein. Natürlich können für den Untersuchungszeitraum an transnationale Öffentlichkeit nicht die Maßstäbe angelegt werden, wie sie für den Zeitraum ab Mitte der 1990er Jahre aufgestellt werden. Die voran schreitende technische Entwicklung hat alleine in Gestalt des Internets die Kommunikationsmöglichkeiten erheblich erweitert. Hinzu kommt die Abgabe nationalstaatlicher Machtbefugnisse an die supranationalen Institutionen der EU etwa auf den Gebieten des Rechts und der Ökonomie. In-

---

73 Eder/Kantner, Interdiskursivität, S. 328. Ähnlich in der Argumentation auch Eilders und Voltmer, die sich gegen die Annahme stellen, europapolitische Themen müssten in den Massenmedien frei von nationalstaatlichen Perspektiven behandelt werden. Es sei vielmehr völlig nachvollziehbar, dass die Kommunikation europäischer Themen durch die in der nationalen Kultur verwurzelten Deutungsmuster der Leserschaft vermittelt werde, da man sie nur so dem nationalen Publikum sinnhaft kommunizieren könne. Vgl. Eilders/Voltmer, Zwischen Deutschland und Europa, S. 253

74 Vgl. Eder, Zur Transformation nationalstaatlicher Öffentlichkeit in Europa.

75 Ebd., S. 172.

des, einige Kriterien, die in der aktuellen Forschungsdebatte an die Entstehung transnationaler europäischer Öffentlichkeit angelegt werden, machen es möglich, diese Öffentlichkeit auch in einem früheren Zeitraum zu lokalisieren. Gemeint sind Kriterien, die frei von der normativen Erhöhung einer einheitlichen europäischen Öffentlichkeit entwickelt wurden, um zu illustrieren, dass es bereits Formen europäischer Öffentlichkeit gab und gibt, die sich durch ihre Transnationalität auszeichnen: Entscheidende Termini sind in diesem Zusammenhang *Synchronizität*, *Interdiskursivität* und *diskursive Interaktion*.<sup>76</sup>

Als im Oktober 1976 der EWG-Türkei-Assoziationsrat binnen weniger Monate zum zweiten Mal verschoben werden musste, richtete sich die massenmediale Aufmerksamkeit in der Bundesrepublik und der Türkei auf diese Entwicklung. Die Unstimmigkeiten in den Beziehungen wurden thematisiert und mögliche Konsequenzen des politischen Streites wurden in den Kommentaren der Printmedien aus der jeweiligen nationalen Sicht erörtert. Mit anderen Worten, in den beiden nationalen Öffentlichkeiten wurde die gleiche europäische Thematik zur gleichen Zeit unter gleichen inhaltlichen Relevanzgesichtspunkten diskutiert. Gestützt auf Klaus Eder und Cathleen Kantner, könnte man diese Konstellation als Interdiskursivität oder Synchronizität in der europäischen Öffentlichkeit bezeichnen und somit als Minimalbestandteil transnationaler europäischer Kommunikationsstrukturen.<sup>77</sup> Andere Forscher würden zwar der Aussage zustimmen, dass es sich bei der Interdiskursivität, also der in verschiedenen Nationen synchronen medialen Aufmerksamkeit auf eine Thematik unter gleichen Relevanzpunkten, um ein notwendiges Kriterium transnationaler europäischer Kommunikation handele, nicht aber um ein hinreichendes. Ergänzend zur Interdiskursivität wird häufig die diskursive Interaktion genannt, mit der die Akteure eines Natio-

---

76 Bewusst herausgelassen wurde ein weiterer Aspekt, der in der Forschungsliteratur thematisiert wird. Ein geteilter Referenzrahmen oder eine Konvergenz der medialen Berichterstattungen müsse als weiteres Kriterium vorliegen, um von transnationaler Kommunikation ausgehen zu können. Das auch als *Framing* bezeichnete Konzept sieht es als notwendig an, dass transnationale Netzwerke über die nationalen (politischen) Grenzen hinweg entstehen, die einer bestimmten Thematik befürwortend oder ablehnend gegenüber stehen und somit eine transnationale Koalition oder Opposition bilden. Da dieses Konzept, ähnlich wie das einer einheitlichen europäischen Öffentlichkeit, sehr hohe Maßstäbe an die Existenz einer transnationalen europäischen Öffentlichkeit stellt, wird es hier nicht weiter ausgeführt. Vgl. zu Konvergenz/Framing Ansätzen die ausführliche Behandlung in Wimmel, Andreas, Transnationale Diskurse in Europa. Der Streit um den Türkei-Beitritt in Deutschland, Frankreich und Großbritannien, Frankfurt a. M. 2006, S. 68-77.

77 Eder/Kantner, Interdiskursivität, S. 81 f.

nalstaates auf die Stellungnahmen der Akteure anderer Nationalstaaten reagieren, also ein für das Publikum nachvollziehbarer kommunikativer Austauschprozess sich vollzieht.<sup>78</sup> Von Marianne van de Steeg wird darüber hinaus eingefordert, dass konträre Meinungen sich argumentativ annähern und schließlich in an nähernder Konformität aufgehen.<sup>79</sup> Die Entstehung transnationaler Öffentlichkeit an die Konformität der Argumente zu koppeln, erscheint jedoch als eine idealistisch erhöhte Erwartung an transnationale Öffentlichkeit. Stellen Dissens oder unterschiedliche nationale Deutungskulturen doch gerade in transnationaler Kommunikation Faktoren dar, die zu einem konstruktivem Dialog führen können, ohne in Eintracht münden zu müssen.<sup>80</sup>

Diskursive Interaktion äußert sich in grenzüberschreitenden Kommunikationsflüssen, die als Ideenmigrationen bezeichnet werden. Dazu gehören Beiträge von Auslandskorrespondenten, die in der ‚betroffenen‘ Nation aufgenommen und kommentiert werden. Dabei gilt es, verschiedene Rezeptionsformen im Transfer zwischen den nationalen Öffentlichkeiten zu unterscheiden: Adaption, Transformation und Segregation. Während die Adaption die weitgehend unmodifizierte Übernahme von Ideen umschreibt, geht es bei der Transformation um die Umdeutung und Einordnung rezipierter Ideen in einen distinkten kulturellen Kontext. Die Distinktion hingegen definiert die Kritik, Negation oder Abwehr einer rezipierten Idee. Segregation oder Isolation meint die komplette Abschottung des Ideentransfers im Sinne von Nichtbeachtung oder Ausgrenzung von

---

78 Vgl. etwa Tobler, Stefan, Transnationale Kommunikationsverdichtungen im Streit um die Steuerpolitik, in: Berliner Debatte Initial 13, 5-6/2002, S. 67-77, hier S. 72 ff.; ders., Deliberation und transnationale Öffentlichkeit. Eine Prozessperspektive demokratischer Öffentlichkeit, in: Kurt Imhof/Otfried Jarren u.a. (Hg.), Demokratie in der Mediengesellschaft, Wiesbaden 2006, S. 161-181, hier S. 162; Vgl. auch Wimmel, Andreas, Transnationale Diskurse in der europäischen Medienöffentlichkeit. Die Debatte um den EU-Beitritt der Türkei, in: Politische Vierteljahresschrift 46, 3/2005, S. 459-483, hier S. 466.

79 Van de Steeg, Eine europäische Öffentlichkeit?, S. 60: „Die sozialen Regeln, die eine Gesprächsführung oder eine Diskussion ermöglichen, bewirken, daß über die Zeit hinweg die Beiträge aller Beteiligten konvergieren und aufeinander zusteuern. Eine Angleichung des Diskurses könnte also auf die eine oder andere Weise als Interaktionseffekt verstanden werden.“

80 Vgl. auch die Kritik Peters/Weßler: Peters, Bernhard/Weßler, Hartmut, Transnationale Öffentlichkeiten – analytische Dimensionen, normative Standards, sozialkulturelle Produktionsstrukturen, in: Imhof/Jarren (Hg.), Demokratie in der Mediengesellschaft, S. 125-144, hier S. 137.

Ideen und Diskursen.<sup>81</sup> Im empirischen Teil dieser Arbeit werden diese divergierenden grenzüberschreitenden Kommunikationsflüsse zwischen den deutschen und türkischen Printmedien untersucht. Fragen nach der Aufmerksamkeitsverteilung zwischen den nationalen Öffentlichkeiten – wie etwa die Frage wer als Agenda-Setter oder Ideenlieferant fungiert oder wer eher rezeptiv ist – werden ebenso untersucht wie die Frage nach der Asymmetrie zwischen den nationalen Öffentlichkeiten, wenn etwa in einer nationalen Öffentlichkeit ein Thema überwiegende Bedeutung erlangt und in der anderen keine, obwohl die jeweilige Nation selbst von der Thematik betroffen ist.

Allgemeiner formuliert, wird im empirischen Teil dieser Arbeit danach gefragt, wann und warum sich zwischen den massenmediaLEN Öffentlichkeiten der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei eine Synchronisation der medialen Berichterstattungen um ein europapolitisches Thema ereignete und ob diese zu diskursiver Interaktion führte. In diesem Falle wird von der Entstehung transnationaler europäischer Öffentlichkeit auf der Ebene printmedialer Kommunikation ausgegangen, ohne jedoch den Anspruch an diese Öffentlichkeitsstrukturen zu stellen, dass sie die nationalen Wahrnehmungsschemata zugunsten einer gesamt-europäischen Perspektive ablösen. Transnationale europäische Öffentlichkeit wird hier also nicht als eine Form europäischer Öffentlichkeit verstanden, die *anstatt* den vorhandenen Kommunikationsmustern in den nationalen Öffentlichkeiten existiert, sondern als Kommunikationsform *in und zwischen* den bereits existierenden nationalen Öffentlichkeitsstrukturen. Sie wird in der vorliegenden Arbeit in ihren Entstehungsstrukturen auf der Ebene printmedialer Kommunikation verortet und analysiert. Dem analytischen Bezugsrahmen dieser Arbeit entsprechend, sind zentrale Themen ausschlaggebend, um zu einer thematischen Verschränkung der nationalen Öffentlichkeiten zu führen. „Europa“ ist solch ein *issue*, das als analytische Folie dienen kann, um nach transnationalen Kommunikationsstrukturen in den deutsch-türkischen Beziehungen zu suchen. Denn „Europa“ oder „die“ europäische Öffentlichkeit lieferten als affirmativer Bezugspunkt Opportunitäten für die Kristallisation politischer Kommunikation, kann doch die kommunikative Herstellung „einer“ Öffentlichkeit als kollektiv handelnder Akteur politisch attraktiv erscheinen.

Die appellative Herstellung europäischer Öffentlichkeit ist nach Jörg Requate und Martin Schulze-Wessel ein politisches Kommunikationsmittel marginalisierter Staaten, um einen Solidarisierungseffekt für ein spezifisches Anliegen zu erzielen.<sup>82</sup> Zentral für ihren Ansatz ist die Unterscheidung zwischen den „realen“

---

81 Definitionen orientiert an ebd., S. 131-132.

82 Vgl. Requate, Jörg/Schulze-Wessel, Martin, Europäische Öffentlichkeit. Realität und Imagination einer appellativen Instanz, in: dies. (Hg.), Europäische Öffentlichkeit.

Öffentlichkeits- und Kommunikationsstrukturen innerhalb Europas und der Idee einer europäischen Öffentlichkeit, die als normative Instanz ihre Wirkung entfalten kann. Gerade die von der Peripherie herkommenden Versuche, Europa als Appellationsinstanz und Kommunikationsraum für spezifische Interessen zu nutzen, haben, folgt man Requate und Wessel, eine signifikante Bedeutung für die situativ gebundene Entstehung europäischer Öffentlichkeit.<sup>83</sup> Türkische Politiker und Schriftsteller wandten sich häufig an ‚die Europäer‘ oder an ‚Europa‘, um entweder ihre Zugehörigkeit zu artikulieren oder um Kritik an den demokratischen Prinzipien in der Türkei zu formulieren.<sup>84</sup> Dabei wählten Schriftsteller wie Orhan Pamuk oder Yaşar Kemal europäische und hierbei insbesondere deutsche Printmedien als Kommunikationsgrundlage ihrer politischen Intervention. Als kritische Intellektuelle agierend, richteten sie sich an eine normative europäische Öffentlichkeit, um mit ihren Situationsdefinitionen und Deutungen europäische Sicht- und Wahrnehmungsschemata bezüglich demokratischer Grundprinzipien in der Türkei zu beeinflussen.<sup>85</sup> Über die Kollektivierung der nationalen europäischen Öffentlichkeiten wurde versucht, Europa als Ordnungsbegriff den eigenen Zwecken dienlich zu machen. In den Annäherungen an ‚Europa‘ und ‚die‘ europäische Öffentlichkeit aus der Türkei war besonders auffällig, dass die Bundesrepublik auch für politische Verantwortungsträger als eine Art ‚Puffer‘ für den Appell an die europäische Öffentlichkeit fungierte.

---

Transnationale Kommunikation seit dem 18. Jahrhundert, Frankfurt a. M./New York 2002, S. 11-39.

83 Vgl. ebd., S. 14.

84 Vgl. die Beispiele in dem Aufsatz: Requate, Jörg/Incesu, Günal, Auf dem Weg nach Europa. Appelle als Kommunikationsform der Türkei mit Europa, in: Medien und Zeit 23, 3/2008, S. 58-69.

85 „Kritischer Intellektueller“ wird in dieser Arbeit im Sinne des kritisch intervenierenden Schriftstellers, Wissenschaftlers oder Künstlers verstanden, der sein eigenes Metier verlässt und politische Entwicklungen kommentiert und kritisiert. Dabei greift er auf humanistische Ideale wie Freiheit und Gleichheit zurück und richtet sich mit seinem Appell an eine massenmediale Öffentlichkeit, um Anhänger für seine Gedanken zu mobilisieren und um Missstände einer möglichst großen Öffentlichkeit zu präsentieren. Vgl. dazu Jäger, Georg, Der Schriftsteller als Intellektueller. Ein Problemaufriß, in: Sven Hanuschek/Therese Hörnigk/Christine Malende (Hg.), Schriftsteller als Intellektuelle. Politik und Literatur im Kalten Krieg, Tübingen 2000, S. 1-25, hier S. 8 ff. Vgl. allgemein zur kritischen Intervention von Intellektuellen Gilcher-Holtey, Ingrid, Eingreifendes Denken. Die Wirkungschancen von Intellektuellen, Göttingen 2007, insbesondere S. 7-14.

Der Ansatz, die situative Konstitution europäischer Öffentlichkeit als Appellationsinstanz in den türkischen Beitrittsbemühungen zu den Europäischen Gemeinschaften zu untersuchen, sowie die Rolle der Bundesrepublik in diesem Kommunikationsprozess zu verorten, ist zentraler Bestandteil dieser Arbeit.

## FORSCHUNGSLAGE UND QUELLENAUSWAHL

Die Türkeiforschung in Deutschland wird maßgeblich von drei Themenkomplexen dominiert: Die meisten wissenschaftlichen Untersuchungen lassen sich unter den Sammelbegriffen ‚Europa und die Türkei‘, ‚historische Türkeiforschung‘ und die ‚Gastarbeiter-Thematik in der Bundesrepublik‘ subsumieren.<sup>86</sup> Analysen der Beitrittsbemühungen der Türkei in die Europäischen Gemeinschaften sollten dabei in zwei zeitliche Blöcke eingeteilt werden, vor und nach 1989, da nach dem Mauerfall und dem Zusammenbruch des Sozialismus sowjetischer Prägung die geostrategische Lage der Türkei sich völlig verändert hat. Ferner führte die Intensität der öffentlichen EU-Beitrittsdebatte seit Ende der 1990er Jahre auch auf wissenschaftlicher Ebene zu einem quantitativen Sprung der Veröffentlichungen.<sup>87</sup> Der Politologe Heinz Kramer, die Südosteuropaforscher Werner Gumpel und Klaus-Detlev Grothusen sowie der Islamwissenschaftler Udo Steinbach haben mit ihren Arbeiten sowohl zur türkischen Geschichte nach der Republikgründung 1923 als auch zu den Beitrittsverhandlungen zwischen der EG und der Türkei vor den Ereignissen 1989/1990 die Türkeiforschung entscheidend geprägt.<sup>88</sup> Die Analyse der Zuwanderung türkischer ‚Gastarbeiter‘ in

---

86 Es existieren auch Arbeiten zur deutschen Türkeipolitik nach 1945, die jedoch rein quantitativ nicht ein Hauptforschungsgebiet bilden: Vgl. Weick, Curd-Torsten, Die schwierige Balance. Kontinuitäten und Brüche deutscher Türkeipolitik, Hamburg 2001; Gürbey, Güllizar, Die Türkeipolitik der Bundesrepublik Deutschland unter Konrad Adenauer (1949-1963), Bonn 1990.

87 Vgl. beispielsweise die in Fußnote 22 aufgeführten Arbeiten.

88 Vgl. Kramer, Heinz, Die Europäische Gemeinschaft und die Türkei. Entwicklung, Probleme und Perspektiven einer schwierigen Partnerschaft, Baden-Baden 1988; auch seine Arbeiten für die Stiftung Wissenschaft und Politik: ders., Die Türkei: Gefährdeter Partner der westlichen Allianz: Ansatzpunkte für Beiträge zur wirtschaftlichen, sozialen und sicherheitspolitischen Stabilisierung, Ebenhausen 1981; ders., die Türkei und die Süderweiterung der EG, in: Aussenpolitik 35, 1/1984 S. 100-116; ders., Der türkische EG-Beitrittsantrag und der ‚griechische Faktor‘, in: Werner Gumpel (Hg.), Die Türkei und die Europäische Gemeinschaft, München 1988, S. 89-100; ders. (Hg.),

die Bundesrepublik, ein Fokus sozial- und geschichtswissenschaftlicher Arbeiten, legte die Schwerpunkte auf die Entwicklung der Bundesrepublik zu einem Einwandererland und die damit einhergehenden gesellschaftlichen Folgen<sup>89</sup> oder auf das Leben türkischer Einwanderer und ihre soziale Einbindung in die deutsche Gesellschaft.<sup>90</sup>

---

Die Türkei auf dem Weg in die EG, München 1979; Grothusen, Klaus-Detlev (Hg.), Die Türkei in Europa, Göttingen 1979; ders. (Hg.), Die Türkei. Südosteuropa-Handbuch Bd. IV, Göttingen 1985; Steinbach, Udo, Krämer Wächter am Bosporus. Die Türkei als Riegel zwischen Ost und West, Freiburg 1979; ders., Die Türkei im 20. Jahrhundert. Schwieriger Partner Europas, Bergisch Gladbach 1996. In diesem Zusammenhang sind auch Klaus Kreiser, Christoph K. Neumann und Fikret Adanir zu nennen, die zwar ihren Arbeitsschwerpunkt in der osmanischen Geschichte haben, jedoch im akademischen Umfeld zu den profiliertesten Türkei-Kennern in der Bundesrepublik gehören: Adanir, Fikret, Geschichte der Republik Türkei, Mannheim 1995; Kreiser, Klaus/Neumann, Christoph K., Kleine Geschichte der Türkei, Stuttgart 2003; Kreiser, Klaus, Atatürk: Eine Biografie, München 2008.

- 89 Besonders hervorzuheben sind folgende Wissenschaftler und ihre Forschungen: Bade, Klaus, Ausländer, Aussiedler, Asyl in der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 1994; ders., Vom Auswanderungsland zum Einwanderungsland? Deutschland 1880-1980, Berlin 1983, Herbert, Ulrich, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Bonn 1986; Hunn, Karin, Asymmetrische Beziehungen. Türkische „Gastarbeiter“ zwischen Heimat und Fremde. Vom deutsch-türkischen Anwerbeabkommen bis zum Anwerbestopp (1961-1973), in: Archiv für Sozialgeschichte 42, 2002, S. 145-172; dies., „Nächstes Jahr kehren wir zurück...“ Die Geschichte der türkischen „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik, Göttingen 2005; dies./Herbert, Ulrich, Gastarbeiter und Gastarbeiterpolitik in der Bundesrepublik. Vom Beginn der offiziellen Anwerbung bis zum Anwerbestopp (1955-1973), in: Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers, Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 273-310; Knortz, Heike, Diplomatische Tauschgeschäfte. „Gastarbeiter“ in der westdeutschen Diplomatie und Beschäftigungspolitik 1953-1973, Köln 2008; Mattes, Monika, „Gastarbeiterinnen“ in der Bundesrepublik. Anwerbepolitik, Migration und Geschlecht in den 50er bis 70er Jahren, Frankfurt am Main 2005; Schönwälder, Karen, Einwanderung und ethnische Pluralität. Politische Entscheidungen und öffentliche Debatten in Großbritannien und der Bundesrepublik von den 1950er Jahren bis zu den 1970er Jahren, Essen 2001.
- 90 Hierbei ist zu unterscheiden zwischen deutschen und türkischen Autoren, die eine Kontribution zur kultur- und sozialgeschichtlichen Aufarbeitung der Geschichte der türkischen Bevölkerung in der BRD leisten. Exemplarisch seien folgende Autoren ge-

In der Verbindung empirischer Forschungen und konzeptioneller Überlegungen fehlt die systematische Auseinandersetzung mit der Fragestellung, ob und inwiefern eine Interdependenz zwischen den deutsch-türkischen Beziehungen und den Beitrittsbemühungen der Türkei in die Europäischen Gemeinschaften existiert. Allerdings sind in den letzten Jahren Forschungen entstanden, die sich unter anderem mit deutschen Printmedien und ihrer Türkeiberichterstattung im Rahmen der EU-Beitrittsdebatte auseinandersetzen.<sup>91</sup> Da Printmedien und ihre Position in den deutsch-türkischen Beziehungen auch in dieser Arbeit eine entscheidende Quellengattung darstellen, wird der aktuelle Forschungsstand diesbezüglich im Folgenden detailliert dargestellt.

Disziplinübergreifend gilt das primäre Forschungsinteresse der Beitrittsdebatte von 1997 bis 2004.<sup>92</sup> Die Arbeiten lassen sich nach analytischem Zugriff, fachdisziplinärer Herkunft, Wahl des Analysezeitraums sowie des Untersuchungsmaterials differenzieren. Orientiert an einem transnationalen diskursiven Öffentlichkeitsmodell, richtet sich Andreas Wimmels Erkenntnisinteresse in seiner Studie „Transnationale Diskurse in Europa“ der Frage nach der Existenz transnationaler Öffentlichkeitsstrukturen in Europa. Wimmel untersucht sechs nationale Qualitätszeitungen im Zeitraum vom 1. November 2002 bis zum 31. Dezember 2002, wobei er, dem Diskursmodell von Michel Foucault folgend, die sich an der öffentlichen Debatte beteiligenden Akteure unterteilt in: parteipoliti-

---

nannt: Bozay, Kemal, „...ich bin stolz, Türke zu sein!“, Schwalbach 2009; Gestring, Norbert/Janßen, Andrea/Polat, Ayça (Hg.), Prozesse der Integration und Ausgrenzung. Türkische Migranten der zweiten Generation, Wiesbaden 2006; Çil, Hasan, Anfänge einer Epoche. Ehemalige türkische Gastarbeiter erzählen/bir dönemin başkangiçları. Bir zamanların konuk işçileri anlatıyor, Berlin 2003; Eryılmaz, Aytaç (Hg.), Fremde Heimat. Eine Geschichte der Einwanderung aus der Türkei/Yaban, Silan olur. Türkiye’den Almanya’ya göçün tarihi, Essen 1998; Gür, Metin, Meine Fremde Heimat. Türkische Arbeiterfamilien in der BRD, Köln 1987; Özkar, Sami (Hg.), Türkische Migranten in der Bundesrepublik Deutschland: Federal Almanya’daki Türk Göçmenleri, Frankfurt a. M. 1988; Ferner ist hier auch das Zentrum für Türkeistudien zu nennen, welches seit der Gründung 1985 durch kontinuierliche Veröffentlichungen in Form von Migrationsberichten, wissenschaftlichen Schriftenreihen, dem Türkei-Jahrbuch sowie der zweimal im Jahr erscheinenden Zeitschrift für Türkeistudien zur Erweiterung des Wissensstandes über u. a. die türkischen Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik sowie Entwicklungen in der Türkei beiträgt.

- 91 Der Schwerpunkt in der Forschungslage wird auf deutschsprachige Arbeiten gelegt.  
92 Vgl. Wimmel, Transnationale Diskurse; Madeker, Türkei und europäische Identität; Ihrig/Carnevale/Weiß, Europa am Bosporus; Küçük, Die Türkei und das andere Europa; Giannakopoulos/Maras, Die Türkei-Debatte.

sche, journalistische und akademische Akteure.<sup>93</sup> Wimmel kommt zu dem Ergebnis, dass jeweils nationale Perspektiven das europapolitische Thema eines potentiellen EU-Beitritts der Türkei prägen. Obwohl die Pro- und Contra-Argumente in Deutschland und Frankreich nahezu deckungsgleich gewesen seien, so seine Argumentation, könne man von einem Bezugsrahmen sprechen, der sprachlich und räumlich vom Nationalstaat bestimmt gewesen sei.<sup>94</sup> Inneneuropäische Selbstverständigungsdiskurse zwischen Deutschland, Frankreich und Großbritannien konnten nicht nachgewiesen werden.<sup>95</sup> Trotzdem habe die Türkeidebatte Elemente einer transnationalen europäischen Öffentlichkeit getragen, da die Synchronizität und Intensität der Debatte in den untersuchten Ländern auffällig konform gewesen sei.<sup>96</sup> Die Forschungsergebnisse von Wimmel sind insbesondere im Kontext von gesellschaftlichen, sozialen und politischen In- und Exklusionsprozessen interessant. Durch die Lokalisierung europäischer Kultur in einem westlichen, christlichen und aufgeklärten Zivilisationsraum wurde die Türkei von Beitrittsgegnern aus eben diesem Zivilisationsraum exkludiert.<sup>97</sup> Trotzdem blieben die In- und Exklusionsprozesse im nationalstaatlichen Rahmen verhaftet und wurden nicht durch eine transnational entstehende europäische Öffentlichkeit konstituiert. Auch Ellen Madeker, Jochen Walter und Bülent Küçük analysieren in ihren diskurstheoretischen Arbeiten die Beitrittsdebatte in Printmedien als Moment konstruierter europäischer Identitätsfindung.<sup>98</sup> Von Edward

---

93 Die untersuchten Zeitungen waren die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und *Süddeutsche Zeitung* für Deutschland, *Le Monde* und *Le Figaro* für Frankreich sowie *The Guardian* und *Financial Times London* für Großbritannien.

94 Vgl. Wimmel, Transnationale Diskurse, S. 208 f.

95 Vgl. ebd.

96 Dies galt insbesondere für die öffentlichen Debatten in Frankreich und Deutschland; vgl. ebd., S. 186; vgl. auch die vorab veröffentlichten Ergebnisse: ders., Transnationale Diskurse in der europäischen Medienöffentlichkeit: Die Debatte zum EU-Beitritt der Türkei, in: Politische Vierteljahreszeitschrift 46, 3/2005, S. 459-483, hier S. 476 sowie 480 f.

97 Wimmel stellt dies insbesondere für Frankreich fest. In Deutschland sei die kulturelle Abgrenzung insbesondere in den Aussagen von Heinrich August Winkler und Hans-Ulrich Wehler vertreten gewesen, denen er in der deutschen öffentlichen Debatte aber berechtigerweise enormes Einflusspotenzial zugesteht. Vgl. Wimmel, Transnationale Diskurse, S. 185.

98 Vgl. Madeker, Türkei und europäische Identität; Walters diskurstheoretisches Modell setzt sich zusammen aus diskurstheoretischen und konstruktivistischen Elementen, anhand derer die In- und Exklusionsprozesse betrachtet werden, während Küçük Edward Saids Orientalismus-Theorie um den sogenannten Okzidentalismus erweiterte.

Saids Orientalismus ausgehend, also der westlichen Identitätsfindung durch Abgrenzung des „Anderen“ im Orient, schlägt Küçük den Terminus Okzidentalismus als synthetischen Begriff für den türkischen Gesamtdiskurs vor, um die türkische Subjektivität zu erfassen. Dieser entstehe nicht nur in Abgrenzung zum, sondern auch im dialogischen Prozess mit dem Orientalismus. Permanente Signifikante im Okzidentalismus sei der Begriff des „Westens“, in dessen ambivalenter Bezugnahme die moderne türkische Identität symbolisiert werde: einerseits als Symbol für „Fortschritt“, „Demokratie“, und „Wohlstand“, andererseits als Figur der Entfremdung und Bedrohung.<sup>99</sup> Das teils gegensätzliche, teils dia-logische Verhältnis von Orientalismus und Okzidentalismus versucht der Autor in der medialen Berichterstattung zum EU-Beitrittsverfahren der Türkei nachzuweisen. Hierfür zieht er die Dezemberausgaben der Jahre 1997, 1999, 2002 und 2004 für jeweils drei überregionale Zeitungen aus Deutschland und der Türkei heran.<sup>100</sup> Im Ergebnis identifiziert Küçük die In- und Exklusionsprozesse der deutschen und türkischen massenmedialen Öffentlichkeit durch Rückbindung an das ambivalente Verhältnis von Orientalismus und Okzidentalismus.<sup>101</sup> Sowohl Küçüks als auch Wimmels Forschungen sind dadurch charakterisiert, dass sie nur für einen relativ kleinen Zeitraum überregionale Zeitungen durch statistische und inhaltliche Auswertung analysieren, um aus diesem Blick heraus generalisierende Aussagen treffen zu können. Ohne eine Diskussion über das Verhältnis von Soziologie und Geschichtswissenschaft anstoßen zu wollen, muss doch betont werden, dass die vorliegende Arbeit die Untersuchung massenmedialer Öffentlichkeit anders gewichtet. Insbesondere der prozessuale Charakter, Veränderungen und Auswirkungen der massenmedialen Berichterstattung können in einer zeitlich so eng geschnürten Analyse nicht oder nur schwer nachgewiesen werden. Dies soll keineswegs die Qualität der soziologischen Arbeiten infrage stellen, sondern vielmehr die Unterschiede in der fachspezifischen Herangehensweise und im Erkenntnisinteresse untermauern. Ein weiteres Beispiel einer explizit soziologischen Untersuchung massenmedialer Berichterstattung ist Ellen Madekers wissenssoziologische Analyse der Debatte um den EU-Beitritt. Gestützt auf eine Deutungs- und Derivationenanalyse, identifiziert Madeker in

---

99 Vgl. ebd., S. 72 f.

100 Für Deutschland: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Süddeutsche Zeitung*, *tageszeitung*. Für die Türkei: *Hürriyet*, *Cumhuriyet*, *Zaman*. Vgl. ebd. S. 102 f.

101 Hierbei unterscheidet der Autor für Deutschland die Pro- und Contra-Türkei-Argumente durch die Begriffe „inklusiver“ und „exklusiver Orientalismus“ und für die Türkei die Pro- und Contra-Europa-Argumente durch „pragmatischer“ und „nationalistischer Okzidentalismus“. Für eine ausführliche Betrachtung seiner Ergebnisse vgl. ebd., S. 197-209.

einem Pressesample von 2004 In- und Exklusionsprozesse im Kontext europäischer Identitätsfindung.<sup>102</sup> Zwar habe, so ihre These, die Vokabel „europäische Identität“ den öffentlich-medialen Türkeidiskurs dominiert, sie weise aber keine eindeutige Definition auf. Stattdessen, so argumentiert sie, beruhe er auf unterschiedlichen Identitätskonzepten, die „die Türkei jeweils über implizite Grenzziehungen inkludieren oder über explizites ‚othering‘ exkludieren.“<sup>103</sup> Exklusionsprozesse im öffentlich-medialen Diskurs seien immer dann macht- und wirkungsvoll gewesen, wenn die Abgrenzung der Türkei als das „Andere“ über die Konkretisierung und Personifizierung verlief.<sup>104</sup>

Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der EU-Beitrittsdebatte auf den Höhepunkten der öffentlichen Diskussionen findet auch in den Arbeiten von Angelos Giannakopoulos und Konstadionos Maras sowie Roberta Carnevale, Stefan Ihrig und Christian Weiß, beide 2005 erschienen, statt. Letztere Arbeit ist eine reine Presseanalyse überregionaler Zeitungen in Großbritannien, Deutschland, Italien und Frankreich. Fokussiert werden die Monate November und Dezember 2002, in welchen die AKP, die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung, bei den Parlamentswahlen die absolute Mehrheit erlangte und der Europäische Rat in Kopenhagen über den weiteren Verlauf der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei entschied.<sup>105</sup> Der herausragende Erkenntnisgewinn der Arbeit liegt in der themenbezogenen Analyse von vier Ländern. Diese werden nicht separat betrachtet, sondern anhand von zehn Argumentationslinien kohärent untersucht.<sup>106</sup> Dabei wird deutlich, dass sich die Argumente in den jeweiligen Natio-

102 Das Pressesample setzt sich zusammen aus folgenden Zeitungen: *Süddeutsche Zeitung*, *Die Zeit*, *Der Spiegel*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, *Die Welt*, *Die Welt am Sonntag*. Vgl. Madeker, Türkei und europäische Identität, S. 99-102.

103 Vgl. ebd., S. 155.

104 Vgl. ebd.; Dies sind die Ergebnisse, die Madeker aus ihrer Deutungsmusteranalyse schließen konnte. Die Ergebnisse der Derivationenanalyse sollen an dieser Stelle nicht ausführlicher beschrieben werden. Vgl. dazu ebd., S.157-190.

105 Die in die Presseanalyse eingebundenen Zeitungen waren: für Deutschland die *Süddeutsche Zeitung* und die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, für Großbritannien *The Guardian* und *The Times*, für Frankreich *Le Monde* und *Le Figaro* und für Italien *La Repubblica* und *Il Corriere della Sera*. Vgl. Carnevale/Ihrig/Weiß, Europa am Bosporus, S. 11.

106 Die Argumentationslinien sind: auf den Beitrittsprozess bezogene Argumente, auf die türkische Innenpolitik aufbauende Argumentation sowie die Argumentationslinien in den Topoi: Geografie, Historie und Kultur, Religion, Geostrategie, Europapolitik, Demografie, Migrationspolitik, Ökonomie. Vgl. ebd., S. 57-108.

nalstaaten glichen, auch wenn sie unterschiedlicher Gewichtung unterlagen. Ferner zeigt die Arbeit das Fehlen einer europäischen Gesamtöffentlichkeit, da auch in dieser Untersuchung, wie bei Wimmel und Giannakopoulos/Maras, das Ergebnis der nationalstaatlichen Priorität in den Argumentationslinien festgehalten wird.<sup>107</sup>

Während sich alle bisher beschriebenen Arbeiten mit der Beitrittsdebatte ab 1997 beschäftigten, werden nachfolgend Untersuchungen zur massemedialen Berichterstattung vorgestellt, die ihren Untersuchungszeitraum vor dem EU-Gipfel 1997 gesetzt haben. Jochen Walters Absicht ist es, „die konkreten Konfliktverläufe im Zuge der Beobachtung der Türkei im Verhältnis zu Europa über längere Zeiträume hinweg“ zu untersuchen und dabei „die damit einhergehenden, sich wandelnden Verhältnisse der Inklusion und Exklusion“ zu analysieren.<sup>108</sup> Walter gelingt es für die Bundesrepublik, anhand von einzelnen Topoi, – die Rolle des Militärs in der Türkei oder die geostrategische Rolle der Türkei im Nahen Osten (1960-1964), der Islam und die Frage der Freizügigkeit türkischer Arbeitnehmer (1987-1989) und die Debatte um den EU-Beitritt (1999-2004) – die Inklusions- und Exklusionsmechanismen der Zeitungen zu rekonstruieren und die Veränderung der Perzeption der Türkei in der massenmedialen Berichterstattung innerhalb der drei Zeitperioden zu verdeutlichen. Ferner stellt er die unterschiedlichen Europakonstruktionen in Deutschland und Großbritannien heraus, wobei vor allem in Deutschland die Türkei als Auslöser unterschiedlicher europäischer Identitätskonstruktionen heraussticht.

Mustafa Alkan, Gürsel Gür und Siegfried Quandt gehen in ihren Printmedienanalysen inhaltsanalytisch vor, wobei Alkan die deutschen Printmedien für den Zeitraum von 1960-1971<sup>109</sup> untersucht, während Gür und Quandt sich je-

---

107 Vgl. ebd., S. 109 ff. Neben Printmedien, wird die Analyse der öffentlichen Debatte in dem Sammelband von Giannakopoulos/Maras auch auf Parlamentsdebatten und wissenschaftliche Texte ausgedehnt. Der Band gewährt Einblick in die Beitrittsdebatte in 15 europäischen Mitgliedsländern, sowie in den Türkei-Diskurs innerhalb des Europäischen Parlaments aus der Periode 1996-2003. Vgl. den Beitrag zur deutschen Debatte: Hüttmann, Martin Große, „Die Türkei ist anders als Europa“. Die öffentliche Debatte um einen EU-Beitritt der Türkei in Deutschland, in: Giannakopoulos/Maras, Die Türkei-Debatte, S. 35-48; sowie Giannakopoulos/Maras, Der Türkei-Diskurs im Europäischen Parlament, S. 23-34.

108 Walter, „Das Ding auf der Schwelle“, S. 54.

109 Vgl. Alkan, Mustafa, Die Perzeption der Türkei im Spiegel der westdeutschen Presse von 1960-1971, Ankara 1994. Die in die Presseanalyse einbezogenen Zeitungen sind: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Frankfurter Rundschau*, *Süddeutsche Zeitung*, *Bild-Zeitung*. Vgl. ebd., S. 9.

weils auf die Jahre von 1987-1995<sup>110</sup> bzw. die Zeit vom 1. März bis 30. April 1995<sup>111</sup> konzentrieren. Die Arbeiten verwenden eine klassische Inhaltsanalyse, wobei nach quantitativer Zeitungsartikelaufnahme und qualitativer Analysen interpretatorische Rückschlüsse auf das „Türkeibild in Deutschland“<sup>112</sup> gezogen werden. Alkan und Quandt zeichnen ein insgesamt negatives Bild deutscher Berichterstattung über die Türkei und die Türken. Im Zeitraum von 1960 bis 1971 sei die Türkei überwiegend als „asiatisch/orientalisch“ geschildert worden, wobei diese Sichtweise sich bei anstehenden Staatsbesuchen radikal geändert habe; in der unmittelbaren Berichterstattung zu den Staatsbesuchen sei die Türkei „plötzlich“ als europäisches Land beschrieben worden, das seit Mustafa Kemal den Weg nach Westen gesucht habe.<sup>113</sup> Anhand dieser Hypothese lässt sich die problematische Arbeitsweise Alkans veranschaulichen. Seine Schlussfolgerungen aus der, seiner Ansicht nach, verschobenen Perspektive auf die Türkei sind von unbelegten hypothetischen Annahmen geprägt:

- 
- 110 Vgl. Gür, Gürsel, Das Türkeibild in der deutschen Presse unter besonderer Berücksichtigung der EU-Türkei-Beziehungen, Frankfurt am Main 1998; die von Gür untersuchten Zeitungen sind: *Frankfurter Rundschau*, *Süddeutsche Zeitung*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Die Welt*, vgl. ebd., S. 35.
- 111 Vgl. Quandt, Siegfried, Die Darstellung der Türkei, der Türken und Kurden in deutschen Massenmedien, Gießen 1995; Quandts breite Quellenbasis setzt sich zusammen aus den Zeitungen: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Frankfurter Rundschau*, *Süddeutsche Zeitung*, *Die Welt*, *Rheinischer Merkur*, *Handelsblatt*, *Bild-Zeitung*, *Bild am Sonntag*, *Welt am Sonntag*, *Die Zeit*, *Die Woche*, *Der Spiegel*, *Fokus*, und *Tango*. Außerdem bezieht er Fernsehsendungen der Anstalten *ARD*, *ZDF*, *RTL* und *SAT 1* zu den Topoi Türkei, Türken und Kurden in seine Analyse mit ein. Vgl. ebd., S. 7-9.
- 112 Solche Darstellungen, die aufbauend auf der Analyse massenmedialer Berichterstattung ein spezielles ‚Bild‘ der jeweils anderen Nation beschreiben, gibt es auch für die in den 1970er Jahren entstandene türkische Presse in Deutschland. Vgl. etwa Aktan, Mehmet, Das Medienangebot für die ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland. Untersucht am Beispiel türkischsprachiger Zeitungen und Hörfunksendungen, München 1979; Karacabey, Makfi, Türkische Tageszeitungen in der BRD. Rolle-Einfluß-Funktionen. Eine Untersuchung zum Integrationsverständnis türkischer Tageszeitungen in der BRD, Frankfurt 1996; Zentrum für Türkeistudien (Hg.), Zum Integrationspotenzial der türkischen Tagespresse in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1991; dass., Das Bild der Ausländer in der Öffentlichkeit, Opladen 1995.
- 113 Leider wird nicht erläutert, welche diskursiven Merkmale und Zuschreibungen genau das „asiatisch/orientalische“ ausmachten.

„Es ist offensichtlich, daß die gegenseitigen offiziellen Besuche eine besondere Stellung innerhalb der deutsch-türkischen Beziehungen haben. Während der Besuche ist die FAZ darauf bedacht, ein positives und kritikloses Türkeibild zu vermitteln. Die Probleme, die zu der Zeit aktuell sind, werden einfach totgeschwiegen. Doch spiegeln die Berichte zur Zeit der Besuche nicht die eigentliche Meinung der FAZ über die Türkei wider, denn wenige Tage nach den Besuchen kommt wieder die alte Meinung der FAZ über die Türkei zum Vorschein.“<sup>114</sup>

In Alkans Schlussfolgerungen werden keinerlei Binnendifferenzierungen vorgenommen. Die FAZ wird als Kollektivorgan mit eigener Meinung dargestellt, ohne den Kommentar von der reinen Nachricht zu trennen. Weiteres Ergebnis seiner Untersuchung ist die Veränderung der Berichterstattung mit Zunahme türkischer Arbeiter in der Bundesrepublik. Alkan geht davon aus, dass die „abwertenden“ Klischee-Bilder von türkischen Arbeitern ab Mitte der 1960er Jahre auf die Bilder von der Türkei und die dort lebenden Türken übertragen wurden.<sup>115</sup> Auch Quandt formuliert ähnlich verallgemeinernde Ergebnisse aus seiner Massenmedienanalyse. Im März und April 1995 sei die Berichterstattung in Deutschland von der Kurdenfrage dominiert gewesen, was angesichts der Auseinandersetzungen zwischen Kurden und Türken auch in Deutschland wenig überraschend erscheint. Quandt unterstellt der deutschen Berichterstattung wenig qualitative Arbeit, indem er ihr vorwirft, keine historischen Kontextualisierungen des Konflikts vorzunehmen und der türkischen Kultur und Wirtschaft keine Beachtung zu schenken. Konsequenterweise entstehe ein klischehaftes Bild der Türkei, was sie als fremdes Land kennzeichne, „das seine Probleme über die Ein-

---

114 Alkan, Perzeption, S. 131.

115 Vgl. ebd., S. 137: „Der Türke als Gastarbeiter war für die Presseberichterstattung neu und interessant. Doch dieses Neue und Interessante wurde dem Leser in einer Art und Weise näher gebracht, daß bei ihm nur das Bild des unerentwickelten, unzivilisierten und unhygienischen Türken entstehen konnte. Dieser Tatbestand wurde auch vor allem durch Verallgemeinerungen bekräftigt und bestätigt. Die türkischen Gastarbeiter werden in einer abwertenden Form dargestellt.“ Man muss Alkan eine politische Vorverurteilung der deutschen Berichterstattung zur Türkei vorwerfen, die ihn an einer ‚objektiven‘ Analyse hindert. Bereits seine Hypothese beruht auf einer klischehaften Darstellung der Türkei, in der die Demokratie nicht entwickelt sei. Vgl. ebd., S. 6-7, in denen er seine fünf Hypothesen formuliert. Wie auch Gür kritisiert, lässt Alkan die seiner Meinung nach nicht geeigneten Untersuchungseinheiten aus seiner qualitativen Untersuchung heraus fallen; somit überrascht es nicht, dass am Ende seiner Arbeit sämtliche Hypothesen als zutreffend deklariert werden. Vgl. ebd., S. 73; zu Gürs Kritik vgl. Gür, Das Türkeibild, S. 24 f.

wanderer nach Deutschland exportiert und durch Konflikte seiner Landsleute hier die innere Sicherheit“ gefährde.<sup>116</sup> Für den März und April 1995 ist diese Sichtweise durchaus plausibel, doch angesichts des nur zweimonatigen Untersuchungszeitraums lässt sich das Ergebnis keinesfalls verallgemeinern. In seiner methodologischen Herangehensweise weitaus differenzierter, kommt Gür zu dem Ergebnis, dass sämtliche untersuchten Zeitungen nicht kontinuierlich über die Türkei berichteten, sondern eine ereignisbezogene, „saisonale“ Punktualität aufweisen.<sup>117</sup> Hierbei überwiegen in allen Zeitungen Berichterstattungen zu innerpolitischen Problemen des Landes mit besonderem Augenmerk auf Menschenrechtsverletzungen und die Lebenssituation der Kurden. Gür stellt ferner eine Analogie in den Berichterstattungen der *Frankfurter Rundschau*, *Süddeutschen Zeitung*, *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und der *Welt* fest: das hohe Maß an identischen Quellen für die Berichterstattung, wobei insbesondere die Nachrichtenagenturen herausstechen und somit auch chronologische Analogien der Berichterstattung zustande kommen.<sup>118</sup>

Wie bereits bemerkt, fehlt in der skizzierten Forschungslage eine Auseinandersetzung mit der Frage, welche Rolle die Bundesrepublik Deutschland für die Beitrittsbemühungen der Türkei in die Europäischen Gemeinschaften einnahm und ob und inwiefern sich die deutsch-türkischen Beziehungen auf die Absicht der Türkei, Teil der ‚europäischen Familie‘ zu werden, auswirkten. Der Türkei als wichtigsten Handelspartner und infolge der ‚Gastarbeiteorschafft‘ von Millionen türkischer Staatsangehörigen ‚besonderen‘ Ansprechpartner wurde sehr wenig Interesse im Beitrittsprozess gewidmet. Dabei fungierte die Bundesrepublik mehr als einmal als Vermittler zwischen den Europäischen Institutionen und der Türkei. Diese Vermittlerrolle anhand der massenmedialen Öffentlichkeit empirisch zu analysieren, hat, wie aus den Ausführungen zur Forschungslage deutlich wurde, bisher nicht stattgefunden. Wenn bei Analysen massenmedialer Öffentlichkeit die deutschen Printmedien einbezogen wurden, blieb die Analyse fast ausschließlich auf diese beschränkt, obwohl die äquivalente Analyse türkischer Printmedien für Rückschlüsse auf Fragen der deutsch-türkischen Beziehungen von immenser Relevanz ist.<sup>119</sup> Die vorliegende Arbeit schließt, indem sie systematisch türkische Printmedien in ihre Analyse einbezieht, dieses Forschungsdesiderat.

---

116 Vgl. Quandt, Die Darstellung, S. 26 f.

117 Vgl. Gür, Das Türkeibild, S. 165.

118 Vgl. ebd., S. 168-169.

119 Nur bei Küçük werden türkische Printmedien in die Analyse miteinbezogen.

Das primäre Interesse der Arbeit gilt dementsprechend der Analyse der massenmedialen Berichterstattung in der Bundesrepublik *und* der Türkei. Indes, die ‚klassischen Quellen‘ der Politikgeschichte, die Quellen der auswärtigen Ämter, sowie politische Reden werden nicht ausgeklammert. Ihre Bedeutung wird, entgegen mancher radikaler Perspektiven der „Neuen Politikgeschichte“, noch immer als wichtig eingestuft.<sup>120</sup> Politikgeschichte gänzlich ohne die Analyse diplomatischer Quellen und ohne die Hinzunahme der Aussagen politisch Verantwortlicher zu betreiben, schließt von vornherein unmittelbar politisches Quellenmaterial aus. Um eine kohärente Analyse deutsch-türkischer Beziehungen vorzunehmen, wird die Auswertung beider Quellengattungen verknüpft. Gastbeiträge oder Interviews von Politikern in den überregionalen Printmedien zeugen von der Bedeutungsmacht der Massenmedien im politischen Feld. Politiker positionieren sich in den Massenmedien, um ihre Absichten oder Anliegen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dadurch verbindet sich das, was man als ‚klassische Quellengattung‘ bezeichnet, mit den Massenmedien und ihrem Kommunikationsraum. Die Analyse der Quellen des Auswärtigen Amtes ergab darüber hinaus eine deutliche Beachtung der massenmedialen Berichterstattung in der Türkei, wenn es um die Einschätzung der politischen und sozialen Lage des Landes ging, oder ein hohes Regierungsmitglied aus der Bundesrepublik sich zu diplomatischen Gesprächen in der Türkei aufhielt. Eine Untersuchung der deutsch-türkischen Beziehungen sollte deswegen nicht auf politische Archivdokumente verzichten, sondern durch die Zusammenführung mit massenmedialer Berichterstattung zu neuen Forschungsergebnissen führen. Dementsprechend fließen in die Analyse Dokumente des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes (Berlin) ein. Dabei handelt es sich überwiegend um Beurteilungen der politischen Entwicklungen in der Türkei und in der Bundesrepublik, die in Länderberichten oder in Stellungnahmen der Botschafter festgehalten wurden. Durchgeführt wird die Analyse massenmedialer Berichterstattung in beiden Ländern anhand ausgewählter überregionaler Printmedien. Dabei wird die Auswahl der Massenmedien auf Wochenzeitungen, Tageszeitungen und Internet-Artikel begrenzt, da eine zusätzliche und adäquate Analyse audiovisueller (Fernsehen) oder auditiver (Hörfunk) Massenmedien den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde. Was also im Folgenden als Analyse der massenmedialen Öf-

---

120 Durch die ‚Grabenkämpfe‘ zwischen alter und neuer Politikgeschichte, entsteht teilweise der Eindruck, die neue Politikgeschichte wolle sich gänzlich von der alten Politikgeschichte verabschieden, was die Analyse klassischer historischer Dokumente wie diplomatischer Quellen oder Reden einschließt, um den Blick vollständig auf neue Bereiche wie Symbolik und Rituale zu richten. Dies soll in dieser Arbeit ausdrücklich nicht verfolgt werden.

fentlichkeiten in der Bundesrepublik und der Türkei verstanden wird, beruht auf der Auswahl folgender Printmedien. Gewählt wurden, um ein möglichst weites Spektrum der Berichterstattung zu erlangen, Zeitungen mit unterschiedlichen politischen Positionierungen: So bilden *Der Spiegel* und die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* den Quellenfundus für die Bundesrepublik. Auch andere Tages- und Wochenzeitungen wie die *Süddeutsche Zeitung*, die *Welt*, die *Bild*, die *Frankfurter Rundschau* und die *Zeit* werden punktuell und ergänzend in die Analyse mit einbezogen, während die *Cumhuriyet*, *Milliyet*, *Hürriyet* und *Tercüman* für die türkische massenmediale Öffentlichkeit untersucht werden. Diese Auswahl beruht auf folgenden Überlegungen:

Die „Spiegel-Affäre“ von 1962 wird als Geburtsstunde des „kritischen Journalismus“ und der „Etablierung einer kritischen Öffentlichkeit“ in der Bundesrepublik angesehen.<sup>121</sup> Rudolf Augstein avancierte zum „Märtyrer der Pressefreiheit“<sup>122</sup> und der *Spiegel* zum Sprachrohr von Teilen der kritischen Linken in der Bundesrepublik.<sup>123</sup> Im Gegensatz zur *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* ist der *Spiegel* ein Wochenmagazin, so dass in Rechnung zu stellen ist, dass die Artikel des *Spiegel* unter einer anderen Arbeitsökonomie produziert wurden als die einer Tagezeitung. Ferner bildet der *Spiegel* auch eine Besonderheit in der Art der Berichterstattung: Die Artikel verknüpfen Nachricht und Kommentar, was bei einer

121 Vgl. Hodenberg, Christina von, Die Journalisten und der Aufbruch zur kritischen Öffentlichkeit, in: Ulrich Herbert (Hg.), *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980*, Göttingen 2002, S. 278-311, hier S. 278, 310; vgl. dies., Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945-1973, Göttingen 2006, S. 329 ff.; vgl. auch Schildt, Axel, Materieller Wohlstand-Pragmatische Politik-Kulturelle Umbrüche. Die 60er Jahre in der Bundesrepublik, in: ders./Siegfried/Lammers (Hg.), *Dynamische Zeiten*, S. 21-53, hier, S. 40; Haller, Michael, Deutschland als Problem, als Frage und als Zielpunkt. Der politische Journalismus des „Spiegel“ und der „Zeit“ in den 50er und 60er Jahren, in: Jürgen Wilke (Hg.), *Massenmedien und Zeitgeschichte*, Mainz 1999, S. 625-637, hier S. 632.

122 So Peter Merseburger im Vorwort seiner Biografie zu Rudolf Augstein: Vgl. Merseburger, Peter, *Rudolf Augstein. Biografie*, München 2007, S. 9. Vgl. auch Kepplinger, Hans Mathias, Publizistische Konflikte, in: Jürgen Wilke (Hg.), *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Köln 1999, S. 698-715, hier, S. 702.

123 Inwiefern der *Spiegel* und Augstein ‚links‘ waren oder nicht, soll hier nicht näher erörtert werden. Merseburger etwa sieht es als einen Irrglauben vieler Linken an, den *Spiegel* als dezidiert linkes Blatt gelesen zu haben. Augstein sei stets Nationaler und Liberaler gewesen; vgl. Merseburger, Rudolf Augstein, S. 11; es geht hier nur um die Perzeption des *Spiegel* als linkes Wochenmagazin nach der „Spiegel-Affäre“.

quellenkritischen Herangehensweise in der Analyse Beachtung finden muss. Herangezogen wird ferner die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (im Folgenden FAZ), gegründet am 1. November 1949. Die FAZ wurde ausgewählt, weil sie seit ihrer Gründung als seriöse, liberal-konservativ orientierte überregionale Tageszeitung fungiert,<sup>124</sup> deren weltweites Korrespondentennetz sie weitgehend unabhängig von Presseagenturen macht.<sup>125</sup> Ergänzt durch weitere Zeitungen, bilden die FAZ und der *Spiegel* die Quellengrundlage für die Analyse der deutschen printmedialen Öffentlichkeit. Die Selbstdefinitionen der Zeitungen, konservativ (FAZ) und kritisch mit aufklärender Funktion (*Spiegel*), spiegeln ihre politische Positionierung in der Presselandschaft der Bundesrepublik wider. Darüber hinaus wurden der *Spiegel* und die FAZ im Untersuchungszeitraum in den türkischen Printmedien auffällig oft als stellvertretende Presseorgane der Bundesrepublik wahrgenommen und der Leserschaft als solche präsentiert. Dies äußerte sich darin, dass türkische Printmedien sich immer wieder auf den *Spiegel* oder die FAZ beriefen, Teile ihrer Artikel ins Türkische übersetzten oder die Inhalte einzelner Artikel kommentierten, um der türkischen Leserschaft die herrschende öffentliche Meinung in der Bundesrepublik zu kommunizieren. Vor diesem Hintergrund empfahl es sich, den Fokus in der Printmedienauswahl für die Bundesrepublik auf den *Spiegel* und die FAZ zu legen.

Die Auswahl der türkischen Printmedien beruht ebenfalls auf deren politischer Ausrichtung, vom kemalistischen bis zum religiös-konservativen Lager, sowie auf deren Verbreitungsgrad. Die ausgewählten Zeitungen zeichnen sich ferner dadurch aus, dass sie im Analysezeitrum von 1959 bis 1987 durchgehend erschienen. Die Zeitung *Hürriyet* ist dem staatsnahen, rechtsliberalen Lager zuzuordnen. Sie gehört wie die liberale *Milliyet* zur *Doğan Media Group*, der größten Mediengruppe in der Türkei. Die bereits seit 1924 bestehende *Cumhuriyet* ist dem kemalistischen Lager zuzurechnen. Aufgrund ihrer langen Tradition bildet die *Cumhuriyet* eine besondere Quelle für die Zeitgeschichte der Türkei vom Einparteienstaat unter Mustafa Kemal Atatürk bis zur heutigen Regierung unter Tayyip Erdoğan.<sup>126</sup> Die *Tercüman* ist dem konservativ-islamischen Bereich zuzuordnen und bildete insbesondere in den 1960er und 1970er Jahren einen Gegenpart zur streng säkularen *Cumhuriyet*.

---

124 Vgl. zur politischen Ausrichtung und zum Selbstverständnis der Herausgeber in den Anfangsjahren der Zeitung: Schlumberger, Frank, Das Adenauer-Bild in der politischen Publizistik 1949-1955. Die „Frankfurter Allgemeine“ als zeitgeschichtliche Quelle, Frankfurt a. M. 1991, S. 31-42.

125 Vgl. Meyn, Herrmann, Massenmedien in Deutschland, Konstanz 2001, S. 105.

126 Vgl. Köktener, Aysun, Bir gazetenin tarihi. Cumhuriyet, İstanbul 2004, S. 367 ff. (Die Geschichte einer Zeitung. Cumhuriyet)

Das Pressewesen in der Türkei weist gegenüber demjenigen der Bundesrepublik eine Besonderheit auf:<sup>127</sup> Die Rolle des Kommentars wird in der Türkei mit besonders viel Prestige verbunden. Kommentatoren werden, so der Türkei-Korrespondent der *Süddeutschen Zeitung*, behandelt und verehrt wie Fußballstars, inklusive den Bitten nach Autogrammen.<sup>128</sup> Friedhelm Neidhardt, Christiane Eilders und Barbara Pfetsch sehen in den Pressekommentaren den Ausdruck veröffentlichter Medienmeinung, die sowohl von den Lesern als auch von politischen Verantwortungsträgern zur Kenntnis genommen werden:

„Mit Kommentaren im Allgemeinen und mit Leitartikeln im Besonderen offenbart eine Redaktion ihr politisches Profil. Sie zeigt, welche Themen sie für richtig oder falsch, für abseitig oder erwägungswert hält. Was im reinen Nachrichtenteil nur andeutungsweise und indirekt zum Ausdruck kommen kann, lässt sich dem Publikum im Kommentar unverstellt mitteilen: die eigene Bewertung von Ereignissen, Programmen und Akteuren. Ein Motiv dafür ist nicht zuletzt die ‚Kritik und Kontrolle der Politik‘.“<sup>129</sup>

Eben diese Rolle des Kommentars wird in der Printmedienanalyse zur Geltung kommen. Sowohl in der Bundesrepublik als auch in der Türkei gehört die Trennung von Nachricht und Kommentar zu den elementaren Formen des modernen Journalismus. Pressekommentare bilden innerhalb dieser Unterscheidung die dichteste Form medialer Relevanzzuweisungen und Meinungsäußerungen und sind somit legitimer Ausdruck der politischen Sprecherfunktion der Medien.<sup>130</sup> Kommentatoren sind in der Generierung öffentlicher Meinung mit einem besonderen Standortvorteil ausgestattet. Ihre Ansichten und Interpretationen werden als ‚veröffentlichte Meinungen‘ in den Zeitungen platziert und gewinnen da-

---

127 Vgl. allgemein zur Entwicklung der türkischen Presse Özkok, Ertuğrul, The Turkish Press: 150 Years of Controversy, in: Günsel Renda/C. Max Kortepeter, The Transformation of Turkish Culture. The Atatürk Legacy, Princeton 1986, S. 209-228.

128 Interview mit Kai Strittmatter in Istanbul vom 1. September 2009.

129 Neidhardt, Friedhelm/Eilders, Christiane/Pfetsch, Barbara, Die „Stimme der Medien“-Pressekommentare als Gegenstand der Öffentlichkeitsforschung, in: dies. (Hg.), Die Stimme der Medien. Pressekommentare und politische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik, S. 11-39, hier S. 15. Die Autoren untersuchen Kommentare in der Welt, der FAZ, der Frankfurter Rundschau und der Süddeutschen Zeitung für den Zeitraum von 1994-1998. Obwohl die theoretischen Grundannahmen auch auf die Bundesrepublik ausgerichtet sind, kann man sie für die Türkei anwenden, spielen hier doch Kommentare eine noch wichtigere Rolle als in der Bundesrepublik.

130 Vgl. ebd., S. 39.

durch einen herausgehobenen Stellenwert, was in der Analyse massenmedialer Berichterstattung Beachtung finden muss.

## AUFBAU UND FRAGESTELLUNGEN

Die Forschungslage erweckt fast den Eindruck, dass die Türkei erst als Beitrittskandidat der EU ein interessantes Forschungsobjekt darstellt. Insbesondere die Arbeiten zu europäischen Öffentlichkeitsstrukturen fokussieren den Zeitraum seit Mitte der 1990er Jahre, obwohl es doch gerade für den Annäherungsprozess der Türkei an die Europäischen Gemeinschaften von entscheidender Relevanz ist, ob und inwiefern transnationale Öffentlichkeitsstrukturen den Prozess mitgeprägt haben. Anhand der Analyse des Beziehungsgeflechts zwischen der Bundesrepublik, der Türkei und den Europäischen Gemeinschaften soll dieses Forschungsdesiderat behoben werden; nicht aber für den viel beachteten Zeitraum ab 1997, sondern vom erstmaligen Antrag auf Assoziiierung in der EWG von 1959 bis zum ersten Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EG im Jahre 1987. Die Analyse des Zeitraums 1959 bis 1987 bietet sich aus zeitgeschichtlicher Sicht aus mehreren Gründen an: Die deutsch-türkischen Beziehungen wurden in diesen Jahren essentiell durch die Anwerbung türkischer Arbeiter geprägt. Initiativen wie der Anwerbestopp 1973, die Rückkehrhilfen 1983 oder die Diskussion um das ‚Einwanderungsland‘ Deutschland standen für die allmähliche Erkenntnis, dass türkische Staatsangehörige nicht bloß zum Arbeiten, sondern zum Leben in die Bundesrepublik eingereist waren. Die Folgen dieser Entwicklung wirkten sich unmittelbar auf die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern sowie auf ein gestiegenes öffentliches Interesse am jeweils anderen Land aus. Die institutionellen Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Türkei wurden maßgeblich durch den Ost-West Konflikt und die daraus resultierende geostrategische Rolle der Türkei geprägt. Die vertraglichen Festsetzungen des Assoziierungsabkommens, der Zypern-Konflikt oder die Frage der Freizügigkeit türkischer Arbeitnehmer waren Themenfelder, die im Rahmen des Ost-West Konflikts zwischen Brüssel und Ankara intensiv diskutiert wurden. Überhaupt folgten auf innenpolitische Entwicklungen, insbesondere auf die Militärputsche der Jahre 1960, 1971 und 1980, unmittelbare Konsequenzen in den Beziehungen sowohl zur Bundesrepublik als auch zu den Europäischen Gemeinschaften.

Nachdem die Ausrichtung der Türkei auf den ‚Westen‘ im Allgemeinen und Europa im Speziellen historisch kontextualisiert worden ist (II), soll die Interdependenz dieser Prozesse durch die Analyse der Ebene massenmedialer Kommu-

nikation entfaltet werden (III). Verschiedene Themenfelder, die in der massenmedialen Öffentlichkeit in der Bundesrepublik und der Türkei eine zentrale Rolle einnahmen, werden auf die Frage hin untersucht, ob und inwiefern die türkische Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften oder der ‚europäischen Familie‘ in der Berichterstattung, in Reportagen und Kommentaren zum Thema gemacht wurde. Einbezogen in die Analyse werden auch Themen, die auf den ersten Blick scheinbar nicht unmittelbar mit der Frage einer türkischen Mitgliedschaft zusammenhingen, sondern Gegenstand bilateraler Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Türkei waren.

Die an die Quellen formulierten Fragestellungen sind auf zwei Ebenen ausgerichtet. Zum einen werden sie anhand von Themenkomplexen zeitlich und inhaltlich fixiert und zum anderen dient der theoretische Bezugsrahmen als analytisches Werkzeug zur empirischen Analyse printmedialer Quellen. Die übergeordnete Fragestellung nach dem Stellenwert der Bundesrepublik in den türkischen Beitrittsbemühungen in die Europäischen Gemeinschaften wird in der Analyse der nationalen massenmedialen Öffentlichkeiten beantwortet. Dabei werden folgende Themenkomplexe betrachtet, deren Relevanz sowohl in den deutsch-türkischen als auch in den Beziehungen der Türkei zu Europa als immament vorausgesetzt wird. Die *Rolle des Militärs in der türkischen Republik* ist ein bis heute kontrovers diskutierter Bestandteil ihrer Geschichte. Als selbst ernannter Gralshüter des Kemalismus griff das Militär im untersuchten Zeitraum drei Mal unmittelbar in das politische Geschehen ein, wobei den politischen Eliten 1960 und 1980 jeweils eine neue Verfassung und neue politische Richtlinien aufgezwungen wurden. Welche zeitgenössische Stellung die Massenmedien zum Militär einnehmen, soll Aufschluss über Einschätzungen der politischen und sozialen Stabilität der Türkei bringen und darüber hinaus soll untersucht werden, ob die türkischen Massenmedien die Einschätzung westlicher Massenmedien, in diesem Fall der deutschen, für wichtig erachteten und es vielleicht sogar zu Fällen transnationaler Kommunikation kam. Die Existenz und Struktur grenzüberschreitender Kommunikationsflüsse wird in den Themenkomplexen *türkische Gastarbeiter in der Bundesrepublik* sowie *EG-Türkei-Beziehungen* im Fokus des Interesses stehen. Neben der Analyse der inhaltlichen Berichterstattung, also den Kommentaren oder Einschätzungen in den beiden Topoi, wird der Hypothese einer transnationalen Kommunikation nachgegangen, die zur Verschränkung der nationalen Öffentlichkeiten geführt hat, wenn es um ein europapolitisches Thema ging. *Appelle türkischer Intellektueller* bilden einen weiteren Zugang zu europäischen Öffentlichkeitsmodellen, die insbesondere in den deutsch-türkischen Beziehungen bisher unterschätzt wurden. Die Bundesrepublik, so die Hypothese, wurde als ein Sprachrohr verwendet, um sich appellativ an einen fik-

tiven europäischen Demos zu richten, an eine normativ konstruierte einheitliche europäische Öffentlichkeit. Wie genau diese appellative Annäherung sich gestaltete und welchen Zwecken sie diente wird auch in diesem Themenkomplex vor dem Hintergrund transnationaler Kommunikationstheorien untersucht.

Zunächst wird jedoch das ambivalente Verhältnis zum Westen im Generellen und zu Europa im Speziellen in der *Entstehungsgeschichte der türkischen Republik* betrachtet. Hierbei handelt es sich um einen überwiegend ereignisgeschichtlichen Überblick der spätosmanischen Geschichte und der Entstehungsgeschichte der türkischen Republik, die zeigen soll, dass die Ambivalenz zum Westen auch vor dem in dieser Arbeit fokussiertem Untersuchungszeitraum ein prägender Bestandteil der türkischen Geschichte gewesen war. Lange bevor der Assoziierungsantrag an die EWG gestellt wurde, hatte sich ein zwiespältiges Verhältnis zum Westen und zu Europa herauskristallisiert, was auch nach der Republikgründung Bestand haben sollte.